

13. ordentliche

Jugendkonferenz der IG Metall

Bezirk Frankfurt
6. und 7. Oktober 1978
Stadhalle Dillingen/Saar

100 Jahre Sozialisten gesetz

Vor hundert Jahren versuchte der Bismarckstaat, die deutsche Arbeiterbewegung durch brutalen Terror zu vernichten. Im Interesse der Kapitalisten und Junker sollte das „Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie“ alle demokratischen Kräfte niederdrücken. Das „Schandgesetz“, wie es die Arbeiter nannten, verbot alle Organisationen der sozialistischen Arbeiterpartei und alle Gewerkschaften, sofern sie sozialistische Ziele verfolgten. Aber auch unter den schwierigen Bedingungen des Sozialistengesetzes setzten die Arbeiter den Kampf um die Durchsetzung ihrer Interessen fort. Mit Mut und unerschöpflichem Einfallsreichtum organisierten sie den illegalen Kampf. Streikkommissionen wurden gebildet, Gewerkschaften gegründet und Solidaritätsbewegungen organisiert. Jeder Tag lohnte: Nicht die Politik gutgläubiger Partnerschaft, sondern die politische und gewerkschaftliche Kampfkraft der Arbeiterbewegung ringt den herrschenden Klassen Zugeständnisse ab. Die organisierte Kampfkraft der Arbeiterbewegung ließ das Sozialistengesetz unwirksam werden und brachte es schließlich zu Fall.

A 01 - 05177

Aus der
Geschichte
lernen

Veranstaltung
für Mitglieder der IG Metall

6. Oktober 1978, 20 Uhr
Stadhalle Dillingen/Saar

Solidaritätsbeitrag 2 DM

Kartenverkauf bei den
Verwaltungsstellen



Gemeinsam gegen den Abbau erkämpfter Rechte

Liebe Kolleginnen,
liebe Kollegen,

unsere 13. ordentliche Bezirksjugendkonferenz findet knapp 14 Tage vor dem hundertsten Jahrestag des Inkrafttretens des "Gesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie" statt.

Dieses Datum ist Anlaß für unsere Veranstaltung "Aus der Geschichte lernen - 100 Jahre Sozialistengesetz". Wir wollen damit einen Teil zur Entwicklung von Geschichtsbewußtsein beitragen, indem wir Informationen zugänglich machen die aus der bürgerlichen Geschichtsschreibung nicht ohne weiteres zu entnehmen sind. Gleichzeitig soll die Veranstaltung demonstrieren, mit welcher einfachen Mitteln Geschichte dargestellt und anschaulich verständlich gemacht werden kann.

Die der Veranstaltung zugrunde liegenden Materialien und Texte wurden von ehrenamtlichen Kolleginnen und Kollegen erarbeitet. Wir veröffentlichen sie in dieser Broschüre ungekürzt als Anregung für weitere Veranstaltungen dieser Art und als Anstoß für die selbständige Beschäftigung mit dieser Zeitepoche.

In der Veranstaltung werden zwei Schwerpunkte durch unterschiedliche Darstellungsformen aufgegriffen:

Zum einen soll dargestellt werden, unter welchen Rahmenbedingungen der Kampf gegen das Sozialistengesetz stattgefunden hat. Es ging uns vorrangig darum, die Ursachen des Schandgesetzes aufzudecken und seine Zwangsläufigkeit als Verteidigungsakt der Herrschenden erkennbar zu machen. Diese Art der Betrachtung erleichtert eine reale Einschätzung der Verhältnisse, läßt eventuelle Parallelen zur Gegenwart oder zu anderen Geschichtsabschnitten bewußt werden und erlaubt, die Erfahrungen des Widerstandes gegen das Gesetz für die heutigen Auseinandersetzungen zu nutzen.

Aufgabe des ersten Teiles der Veranstaltung ist es also, den Hintergrund des Kampfes zu verdeutlichen, Informationen über diese Zeit zu vermitteln.

Die konkreten Kampfformen unter dem Sozialistengesetz, die Bedingungen, unter denen die Arbeiterbewegung den Widerstand organisierte, wie die Arbeiter lebten und mit dem Polizeiterror fertig wurden, zeigt der Film "Die Unbesiegbaren". Er zeigt aber auch die Auseinandersetzungen, in denen um ein einheitliches Vorgehen gegen das Gesetz gerungen wurde, zeigt die Stärken und Schwächen der sozialdemokratischen Mitgliedschaft und ihrer Führer.

Gleichzeitig ist die Veranstaltungsform ein Beispiel gewerkschaftlicher Kulturarbeit und greift Arbeiterlieder und Dichtung aus der Zeit des Sozialistengesetzes auf.

Wir hoffen, mit dieser Veranstaltung und mit dieser Broschüre einen Teil dazu beizutragen, die Beschäftigung mit der Geschichte der Arbeiterbewegung voranzutreiben und zum selbstverständlichen Teil unserer gewerkschaftlichen Arbeit werden zu lassen.

Industriegewerkschaft Metall
f.d.Bundesrepubl.Deutschland
Bezirksleitung Frankfurt/M.

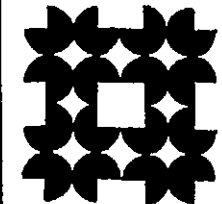
Frankfurt/Main, im Oktober 1978

Volkmar Heusel
Volkmar Heusel



**Arbeit und
Ausbildung
für alle**

**gemeinsam
gegen den
Abbau
erkämpfter
Rechte**



**13. ordentl. Bezirksjugendkonferenz
der IG Metall Frankfurt/Main
6. und 7. Oktober 1978
Stadthalle Dillingen/Saar**

Veranstaltung

100 Jahre Sozialistengesetz Aus der Geschichte lernen

„Aus der Geschichte lernen heißt,
Unternehmerideologie durchschauen
und Widerstand entwickeln
gegen alle Versuche,
die Koalitionsfreiheit einzuschränken,
das Streikrecht auszuhöhlen,
die gewerkschaftliche Unabhängigkeit
zu gefährden
und die Existenz freier Gewerkschaften
in Frage zu stellen.“

Entschließung 19 / Bildungsarbeit
des 12. ordentlichen Gewerkschaftstages
der IG Metall



A 01 - 05177

Prolog 1890

Es waren verbannt unsere Lieder,
Und Friedhofsruh deckte das Land,
Die Reaktion hielt darnieder
Die Freiheit mit eiserner Hand.

Doch nun wir im schweigenden Ringen
den mächtigen Feind besiegt,
Nun sollen aufs neue erklingen
Die Lieder vom Sturme gewiegt.

Sie sollen die Welt durchhallen
Und wecken ein freies Geschlecht,
Sie sollen als Losung erschallen
Im Kampfe für Wahrheit und Recht.

Liebe Kolleginnen,
Liebe Kollegen,

"Wer sich an die Vergangenheit nicht erinnern kann, ist dazu verdammt, sie zu wiederholen" - diese Feststellung stammt von dem amerikanischen Philosophen und Romancier George Santayana. Sie gilt, mehr noch als für den einzelnen Menschen, auch für Völker und Nationen.

Für die meisten unserer Kolleginnen und Kollegen ist Geschichte nur das, was sie in fünfzig, hundert oder mehr Schulstunden davon erfahren haben: Die Geschichte großer Männer, die Kriege geführt und riesige Reiche geleitet haben; die Geschichte glanzvoller Kaiser- und Königshöfe, deren Pracht und Verschwendung kaum vorstellbar ist; die Geschichte weiser Männer und Frauen, die die Geschicke der Völker bestimmten; eine Anhäufung von Zahlen, Schlachten und Zitaten.

Kaum ein Wort von jenen Hunderttausenden, deren Geschicke bestimmt wurden, die in die Schlachten ziehen mußten und die Pracht der Höfe durch ihre Arbeit erst ermöglichten.

Aber gerade die Geschichte dieser Völker, die Geschichte unserer eigenen Klasse ist es, die uns interessieren muß, wenn wir die Vergangenheit nicht wiederholen wollen. Wie aber sollen wir aus den Kämpfen unserer Vergangenheit lernen, wenn wir nicht wissen, wie sie geführt wurden. Wenn wir nicht wissen, unter welchen Umständen und mit welchen Opfern die Arbeiter um die Verbesserung ihrer Lage gerungen haben, wenn wir nicht einschätzen können, warum sie siegreich waren oder Niederlagen erlitten.

Die Geschichte der Arbeiterbewegung ist die Geschichte des Kampfes gegen die Herrschenden, eine Geschichte des entbehrungsreichen Widerstandes gegen Fabrikbesitzer und Staatsgewalt, gegen Unterdrückung und Willkür - geführt mit der einzigen aber machtvollen Waffe der Solidarität.

Viele glauben, heute vor einer gänzlich anderen Situation zu stehen. Vieles ist verbessert, hat sich gewandelt. Trotzdem können wir es uns nicht leisten, die Geschichte der Arbeiterbewegung unter dem Aspekt interessanter Berichte aus einer längst vergangenen Zeit allein zu sehen.

Doch schauen wir uns um, in der politischen Landschaft und in dem wirtschaftlichen System, daß uns heute in der Bundesrepublik und in der kapitalistischen Welt umgibt. Nach wie vor müssen wir um jeden Pfennig Lohn, um jede Arbeitserleichterung, um jeden Tag Urlaub, um jeden Arbeitsplatz kämpfen. Die grundsätzlichen Bedingungen haben sich nicht gewandelt: nach wie vor besitzen nur wenige, was von vielen erarbeitet wurde.

Nach wie vor geht es darum, dem System demokratische Rechte abzutrotzen, sie zu verteidigen, denn nach wie vor leben wir in einer Klassengesellschaft mit allen ihren Erscheinungsformen und Auswirkungen.

Wie könnten wir in einer solchen Situation darauf verzichten, uns die Erfahrungen unserer Vorfahren anzueignen, ihre Siege als unsere Siege zu begreifen, die Bedingungen ihres Kampfes kennenzulernen und die Hintergründe ihrer Niederlagen zu erforschen. Wer die Fehler unserer Klassengeschichte nicht wiederholen will, muß aus ihnen lernen.

Sozialistenmarsch 1891

Auf, Sozialisten, schließt die Reihen!
Die Trommel ruft, die Banner wehn.
Es gilt, die Arbeit zu befreien,
Es gilt der Freiheit Auferstehn.
Der Erde Glück, der Sonne Pracht,
Des Geistes Licht, des Wissens Macht,
dem ganzen Volke sei's gegeben!
Das ist das Ziel, das wir erstreben!
Das ist der Arbeit heiliger Krieg.
Mit uns das Volk! Mit uns der Sieg!

Ihr ungezählten Millionen
In Schacht und Feld, in Stadt und Land,
Die ihr um kargen Lohn müßt frohnen
Und schaffen treu mit fließ'ger Hand:
Noch seufzt ihr in des Elends Bann!
Vernehmt den Weckruf! Schließt Euch an!
Aus Qual und Leid euch zu erheben,
Das ist das Ziel, das wir erstreben!
Das ist der Arbeit heiliger Krieg.
Mit uns das Volk! Mit uns der Sieg!

Nicht mit dem Rüstzeug der Barbaren,
Mit Flint und Speer nicht kämpfen wir.
Es führt zum Sieg der Freiheit Scharen
Des Geistes Schwert, des Rechts Panier.
Daß Friede waltet, Wohlstand blüht,
Daß Freud und Hoffnung hell durchglüht
Der Arbeit Heim, der Arbeit Leben,
Das ist das Ziel, das wir erstreben!
Das ist der Arbeit heiliger Krieg.
Mit uns das Volk! Mit uns der Sieg!

Aus der Geschichte lernen kann für uns Gewerkschafter nur eines heißen: "Unternehmerideologie durchschauen und Widerstand entwickeln gegen alle Versuche, die Koalitionsfreiheit einzuschränken, das Streikrecht auszuhehlen, die gewerkschaftliche Unabhängigkeit zu gefährden und die Existenz freier Gewerkschaften in Frage zu stellen".

Denn das sind die Lehren, die wir aus der Vergangenheit ziehen müssen, gleich welche Epochen wir uns betrachten. Unsere Gegner sind die gleichen geblieben, ebenso ihre Methoden. Um erfolgreich dagegen angehen zu können, müssen wir die wichtigsten Voraussetzungen unseres Widerstandes - Organisationsfreiheit und Streikrecht und die Existenz freier und unabhängiger Gewerkschaften - vorrangig verteidigen. Wir müssen das tun aus dem Bewußtsein unserer Geschichte heraus, aus der Kenntnis der langen und schweren Kämpfe um diese Rechte.

Vor hundert Jahren - 1878 - ist der massive Versuch unternommen worden, die Arbeiterbewegung zu vernichten, ihre Organisationen aufzulösen, ihre Anhänger durch Polizeiterror und Staatswillkür zu spalten. Das "Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie" verfehlte jedoch seinen Zweck und die Bourgeoisie hat keinen Grund, den hundertsten Jahrestag des Inkrafttretens zu feiern oder gar mit Genugtuung zu betrachten.

Die Arbeiterbewegung hat erfolgreich gegen dieses Gesetz gekämpft und nach 12 Jahren seine Aufhebung erzwungen. Der hundertste Jahrestag seiner Verabschiedung ist daher für uns sehr wohl Anlaß, stolz zurückzublicken.

Es genügt jedoch nicht, uns die Tatsache des Sieges vor Augen zu halten. Es genügt auch nicht, das Sozialistengesetz als moralisch zu verurteilenden Angriff Bismarcks, geboren aus persönlichem blinden Arbeiterhaß, zu verstehen. Gerade am Beispiel des Sozialistengesetzes werden die ökonomischen Zwänge, die die Herrschenden zum Angriff auf die Arbeiterschaft veranlaßten, besonders deutlich. Genauso wird einsichtig, daß der Kampf gegen dieses Gesetz für die Arbeiter nicht nur ein Kampf gegen Staats- und Unternehmerwillkür war, sondern eine Auseinandersetzung um wichtige Existenzbedingungen.

Es kann auch nicht darum gehen, unkritisch den Erfolg zu registrieren und gemachte Fehler zu verschweigen. Wie heute wurden auch damals Auseinandersetzungen geführt, gab es unterschiedliche Einschätzungen der Notwendigkeiten und Möglichkeiten, wurde um gemeinsame Positionen gerungen. Aus den damaligen Argumenten können wir lernen, weil die Geschichte mittlerweile deren Richtigkeit oder Unrichtigkeit bewiesen hat. Sie können uns helfen, die derzeitigen Auseinandersetzungen mit einem größeren Erfahrungshintergrund zu bewältigen.

Lernen wir, im Bewußtsein unserer Klassengeschichte unsere heutigen Kämpfe zu organisieren.

Der Weg zur Reichsgründung

Trotz aller Anstrengungen steht die Wirtschaft Deutschlands das ganze 19. Jahrhundert hindurch im Schatten Englands. Kleinstaaterei und die feudalistische Herrschaft der Könige, Fürsten und Großgrundbesitzer (Junker) behindern die industrielle Entwicklung, die erst um 1840 einsetzt und nur mühsam vorankommt.

Auch die bürgerliche Revolution von 1848 vermag nicht, die Fesseln des Feudalsystems zu sprengen und der Industrialisierung zum Durchbruch zu verhelfen. Die ökonomischen Widersprüche, die zur 48er Revolution führten, bleiben bestehen. Der ständige Versuch, die Rückständigkeit gegenüber den industrialisierten Staaten zu überwinden, verleiht dem deutschen Kapitalismus ein besonders aggressives Gesicht.

Die Niederlage der Revolution wird von der Reaktion benutzt, die alten Herrschaftsstrukturen zu festigen. Die 30 Einzelstaaten des Deutschen Bundes sind sich zwar einig in der Unterdrückung aller Überbleibsel der demokratischen Bewegung von 1848, aber hinter den Kulissen kämpfen Österreich und Preußen um die Vorherrschaft im Staat.

Unterdessen wird die Welt unter den Großmächten aufgeteilt, die den Feudalismus bereits überwunden haben. Das System wird zur Fessel seiner eigenen Weiterentwicklung, nur ein einheitlicher Nationalstaat könnte die Hemmnisse überwinden, die der Entfaltung der Produktivkräfte entgegenstehen. Die Zersplitterung Deutschlands verhindert auch ein Zusammenfinden des anwachsenden Proletariats. Wenn auch aus unterschiedlichen Gründen - die Überwindung der Kleinstaaterei ist im Interesse des Volkes und der Herrschenden.

1862 wird Bismarck Ministerpräsident. Er versucht, der drohenden Gefahr einer Volksbewegung für den einheitlichen Staat durch eine "Einigung von oben" zuvorzukommen. Sein Ziel ist die Einigung Deutschlands unter der Vorherrschaft Preußens und die Ausschaltung des österreichischen Rivalen.

Noch 1864 führen die beiden Staaten gemeinsam den Krieg gegen Dänemark um den Versuch der Aneignung Schleswig-Holsteins abzuwehren. Bereits zwei Jahre später kämpfen die Truppen gegeneinander und Österreich scheidet aus dem deutschen Staatenverbund aus. Das erste Hindernis ist beseitigt und Preußen gründet mit 21 weiteren Kleinstaaten und Freien Städten den Norddeutschen Bund. Die Einbeziehung der süddeutschen Staaten scheitert am Einspruch Napoleons des III, der um eine Verschiebung der politischen Macht in Europa fürchtet.

Bismarck bringt den Franzosenkaiser durch die "Euser Depesche" dazu, Deutschland den Krieg zu erklären. Frankreich unterliegt im Deutsch-Französischen Krieg und der Weg zur Vereinigung des Norddeutschen Bundes mit den Süddeutschen Staaten wird frei. Am 18. Januar 1871 wird Wilhelm der I. im Schloß von Versailles zum Kaiser des Deutschen Reiches ausgerufen, die "Einigung von oben" ist erfolgt.

Die Entwicklung der Arbeiterbewegung

Das Scheitern der 48er Revolution und die nachfolgende brutale Unterdrückung aller demokratischen Kräfte durch Polizeiterror und Justizwillkür können den Bewußtwerdungsprozeß der jungen Arbeiterklasse nicht aufhalten. Die Erfahrungen und Traditionen der 48er geraten nicht in Vergessenheit und leben in den Arbeitervereinen fort.

Eine Reihe von Arbeitervereinigungen waren bereits vor 1848 entstanden. In vielen Städten wurden sie von Mitgliedern des "Bundes der Kommunisten" geführt, für den Karl Marx und Friedrich Engels das "Kommunistische Manifest" geschrieben hatten.

1851 gelingt es der Polizei, die führenden Köpfe dieser Vereinigung zu verhaften und sie aufgrund von Verleumdungen und falschen Zeugenaussagen zu langjährigen Kerkerstrafen zu verurteilen. Trotzdem organisieren sich immer mehr Arbeiter in Fachvereinen und Hilfskassen, in Sport- und Gesangsvereinen, die Zahl der wirtschaftlichen Kämpfe nimmt sprunghaft zu.

Um dieser Situation Herr zu werden, wird 1854 ein Vereinsgesetz erlassen, das die Aufrechterhaltung und Neubildung von politischen Vereinen unter Strafe stellt.

aus dem Vereinsgesetz des Deutschen Bundes vom 13.7.1854:

§ 4

Allgemein sind für politische Vereine noch folgende Beschränkungen zur Geltung zu bringen:

1. Minderjährige, Lehrlinge und Schüler dürfen sich an solchen Vereinen nicht beteiligen.
2. Jede Verbindung mit anderen Vereinen ist unstatthaft...

§ 8

Im Interesse der gemeinsamen Sicherheit verpflichten sich sämtliche Bundesregierungen ferner, die in ihren Gebieten etwa noch bestehenden Arbeitervereine und Verbündungen, welche politische, sozialistische oder kommunistische Zwecke verfolgen, binnen zwei Monaten aufzuheben, und die Neubildung solcher Verbindungen bei Strafe zu verbieten.

(zitiert nach Geschichte 8)

Doch die aufgrund des Gesetzes verhängten Strafen zeigen nur wenig Wirkung. Allein 1857 finden mehr Streiks statt, als in den vorangegangenen fünf Jahren zusammengekommen, über 800 Fachvereine einzelner Berufsgruppen bestehen, 1862 gibt es mehr als 100 Arbeiterbildungsvereine.

In machtvollen Demonstrationen schaltet sich das Volk in die Auseinandersetzung um die Gründung des Nationalstaates ein. Die Volksbewegung will jedoch keinen gewaltsamen Zusammenschluß von oben, sondern die Schaffung eines einheitlichen Staates auf demokratischer Grundlage.

Obwohl auch das Bürgertum an einer schnellen Einigung interessiert ist, schlägt es sich auf die Seite der Großgrundbesitzer und Fürsten, begünstigt die Politik Bismarcks.

Der politische Gegensatz zwischen Proletariat und Bourgeoisie führt zu Auseinandersetzungen in den Arbeiterbildungsvereinen. Die Vereine, ursprünglich von Bürgerlichen zur Ausbildung qualifizierter Facharbeiter gegründet, werden immer mehr zum Forum der Auseinandersetzung der Arbeiter mit ihrer wirtschaftlichen und politischen Lage.

Die Gründung der ersten Parteien

1862 bricht der Leipziger Arbeiterbildungsverein auseinander. Die Arbeiter trennen sich von ihrer bürgerlichen Führung und machen sich selbständig. Unter Ferdinand Lassalle gründen sie die erste unabhängige politische Arbeiterorganisation, den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein (1863).

Lassalle orientiert den ADAV auf die politische Auseinandersetzung, ohne jedoch wirklich revolutionäre Zielsetzungen zu verfolgen. Er strebt eine friedliche Einigung mit den Herrschenden an, will den Kampf mit dem Stimmzettel entscheiden und die Ausbeutung der Arbeiter durch Produktivgenossen-schaften überwinden. Er leugnet die Notwendigkeit des wirtschaftlichen Kampfes durch sein "ehernes Lohngesetz" und setzt sich damit in Gegensatz zu den tatsächlichen Verhältnissen.

Karl Marx über Lassalle in einem Brief vom 13. Oktober 68 an Johann Baptist von Schweitzer:

Nach fünfzehnjährigem Schlummer rief Lassalle - und dies bleibt sein unsterbliches Verdienst - die Arbeiterbewegung wieder wach in Deutschland. Aber er beging große Fehler. Er ließ sich zu sehr durch die unmittelbaren Zeitumstände beherrschen ... Der 'Staat' verwandelte sich ihm daher in den preußischen Staat. So wurde er zu Konzessionen an das preußische Königtum, die preußische Reaktion (Feudalpartei) und selbst die Klerikalen gezwungen ... Er gab ferner von vornherein - wie jeder Mann, der behauptet, eine Panazee für die Leiden der Masse in der Tasche zu haben - seiner Agitation einen religiösen Sektencharakter ... Er fiel in den Fehler Proudhons, die reelle Basis nicht aus den wirklichen Elementen der Klassenbewegung zu suchen, sondern letzterer nach einem gewissen doktrinären Rezept ihren Verlauf vorschreiben zu wollen ...

(zitiert nach dtv Augenzeugenberichte)

Bürgerliche Politiker gründen im Juni 1863 als Gegengewicht zum ADAV den Verband der deutschen Arbeitervereine. Doch die Arbeiter schütteln auch in diesem Verband die Bevormundung des Bürgertums ab. 1867 wird August Bebel Präsident des Verbandes und der 5. Verbandstag 1868 erklärt bereits den "Anschluß an die Bestrebungen der Internationalen Arbeiterassoziation".

Ein Jahr später gründet der Eisenacher Arbeiterkongreß die Sozialdemokratische Arbeiterpartei SDAP.

Im Gegensatz zum ADAV war die SDAP und ihr Programm von Anfang an sozialistisch geprägt. Ihr Verhältnis zur Bourgeoisie und zum Junkertum war unversöhnlich, sie sagt den herrschenden Klassen den Kampf an und wird zur konsequenten Interessenvertretung der Arbeiter.

Aus dem Eisenacher Programm der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei:

Jedes Mitglied der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei verpflichtet sich, mit ganzer Kraft einzutreten für folgende Grundsätze:

1. Die heutigen politischen und sozialen Zustände sind im höchsten Grade ungerecht und daher mit der größten Energie zu bekämpfen.
2. Der Kampf für die Befreiung der arbeitenden Klassen ist nicht ein Kampf für Klassenprivilegien und Vorrechte, sondern für gleiche Rechte und Pflichten und für die Abschaffung aller Klassenherrschaft.
3. Die ökonomische Abhängigkeit des Arbeiters von dem Kapitalisten bildet die Grundlage der Knechtschaft in jeder Form, und es erstrebt deshalb die Sozialdemokratische Arbeiterpartei unter Abschaffung der jetzigen Produktionsweise (Lohnsystem) durch genossenschaftliche Arbeit den vollen Arbeitsantrag für jeden Arbeiter.
4. Die politische Freiheit ist die unentbehrliche Vorbedingung zur ökonomischen Befreiung der arbeitenden Klassen. Die soziale Frage ist mithin untrennbar von der politischen, ihre Lösung durch diese bedingt und nur möglich im demokratischen Staat.

(zitiert nach dtv Augenzeugenberichte)

Programm und Statut der Partei waren im wesentlichen von August Bebel ausgearbeitet worden. Zusammen mit Liebknecht, der ebenfalls in enger Verbindung mit Karl Marx und Friedrich Engels stand, hatte er die Parteigründung vorbereitet.

Die Gründung des Nationalstaates 1871 begünstigte die weitere Entwicklung der Arbeiterbewegung, wenn auch die reaktionären Kräfte durch die Einigung "von oben" erstarkt waren.

Der Deutsch-Französische Krieg

Als Frankreich im Juli 1870 Deutschland den Krieg erklärt, sind auch Bebel und Liebknecht - mittlerweile Mitglieder des Reichstages - überzeugt, daß es sich um einen Verteidigungskrieg gegen Napoleon handelt.

Der Staat verlangt vom Reichstag eine 120-Millionen-Kriegsanleihe. Bebel und Liebknecht enthalten sich der Stimme. Sie wollen die Geldmittel nicht bewilligen, weil dies als Vertrauensvotum für die preußische Regierung gedeutet werden könnte. Gleichzeitig wollen sie die Anleihe nicht verweigern,

um nicht in den Verdacht zu geraten, die "frevlerische Politik Bonapartes" zu billigen.

Der weitere Verlauf des Krieges enthüllt jedoch sehr schnell seinen wahren Charakter. Aufgrund geheimer Militärbündnisse treten auch die süddeutschen Staaten in den Krieg ein und unerwartet schnell überrollen die vereinigten deutschen Truppen Frankreich. Nach der Schlacht von Sedan gerät Napoleon in deutsche Gefangenschaft und das französische Volk erzwingt am 4. September seine Absetzung und die Ausrufung der Republik.

Mit dem Sturz Napoleons ist der Zweck des Krieges erreicht - sein Einspruch kann die Einigung Deutschlands nicht mehr verhindern. Trotzdem wird der Krieg fortgeführt, um von Frankreich hohe Kriegsentschädigungen und die Abtretung von wirtschaftlich wichtigen Gebieten zu erpressen.

Sofort ändert sich die Haltung der Arbeiterbewegung und ihrer Führer zu diesem Krieg. Bebel und Liebknecht verlangen vom Reichstag die Verweigerung aller weiteren Kriegsanleihen. Der Generalrat der I. Internationale wendet sich mit der Forderung an die deutschen Arbeiter, für den Abschluß eines gerechten Friedens mit Frankreich einzutreten. Die SDAP ruft zu Massenversammlungen und Demonstrationen gegen die Fortführung des Raubkrieges auf, die Sympathien der Arbeiter gehören den sich verteidigenden Franzosen.

Die bürgerliche Regierung Frankreichs kapituliert vor den deutschen Truppen und unterzeichnet im Februar 1871 einen Vorfrieden mit Deutschland, der u. a. die Abtretung von Elsaß-Lothringen und 5 Milliarden Franken Kriegsentschädigung vorsieht.

Gleichzeitig beginnt die Regierung sofort, die Kriegslasten auf das Volk abzuwälzen und provoziert damit eine Revolution, die die internationale und insbesondere die deutsche Arbeiterbewegung in den folgenden Jahren stark beeinflusst.

In Paris erheben sich die Arbeiter am 18. März 1871 als Antwort auf die Maßnahmen ihrer Regierung. Unter anderem wurde die sofortige Zahlung aller Mietrückstände verlangt und die Soldzahlungen an die Nationalgarde eingestellt. Die eingetribenen Gelder sollten dazu dienen, die Schulden an Deutschland zu begleichen.

Die Nationalgarde bildet daraufhin ein Zentralkomitee und übernimmt die Verwaltung der Stadt - auf dem Rathaus weht die rote Fahne der Arbeiterbewegung. Innerhalb weniger Tage werden in demokratischen Entscheidungsprozessen Stadträte gewählt, werden sozialpolitische Maßnahmen wie Stundung der Mieten getroffen, wird das stehende Heer aufgelöst.

Am 28. März übernimmt der Rat der Kommune die Regierungsgewalt - die erste proletarische Regierung der Welt wird proklamiert.

Die Nachricht von den Ereignissen in Paris geht wie ein Lauffeuer um die Welt. Überall organisieren die demokratischen Kräfte Solidaritätskundgebungen und bekunden ihre Verbundenheit mit den Kommunarden. Die Reaktion beantwortet die Gründung der Kommune mit einer beispiellosen Hetzkampagne, denn sie fürchtet, in anderen Ländern könnte ähnliches geschehen.

Mit großer Anteilnahme verfolgen die deutschen Sozialdemokraten den Verteidigungskampf der Kommunarden gegen die militärische Offensive der Re-

gierung Frankreichs. Im April beginnt das Militär mit deutscher Unterstützung den Vernichtungsschlag. Obwohl militärisch weit unterlegen, verteidigen die Kommunarden Paris.

August Bebel in seiner berühmten Reichstagsrede am 25. Mai 1871:

Meine Herren,
... seien Sie fest überzeugt, das ganze europäische Proletariat und alles, was noch ein Gefühl für Freiheit und Unabhängigkeit in der Brust trägt, sieht auf Paris. Meine Herren, und wenn auch im Augenblick Paris unterdrückt ist, dann erinnere ich Sie daran, daß der Kampf in Paris nur ein kleines Vorpostengefecht ist, daß die Hauptsache in Europa uns noch bevorsteht und daß, ehe wenige Jahrzehnte vergehen, der Schlachtruf des Pariser Proletariats 'Krieg den Palästen, Friede den Hütten, Tod der Not und dem Mißgange' der Schlachtruf des gesamten europäischen Proletariats werden wird.

(zitiert nach Geschichte 8)

Am 28. Mai 1871 fällt die letzte Barrikade in Paris - die Kommune muß sich geschlagen geben. Zehntausende ihrer aktiven Kämpfer werden ermordet oder eingekerkert, doch ihr Beispiel wird zum Signal.

Die Internationale, das Lied der Kommune, wird zum Erkennungszeichen und Kampflied der Arbeiterbewegung in allen Ländern der Erde.

Wacht auf, Verdammte dieser Erde,
die stets man noch zum Hungern zwingt!
Das Recht wie Glut im Kraterherde
Nun mit Macht zum Durchbruch dringt.
Reinen Tisch macht mit dem Bedränger!
Heer der Sklaven, wache auf!
Ein Nichts zu sein, tragt es nicht länger,
Alles zu werden, strömt zuhauf!

Es rettet uns kein höh'res Wesen,
Kein Gott, kein Kaiser noch Tribun,
Uns aus dem Elend zu erlösen,
Können wir nur selber tun!
Leeres Wort: des Armen Rechte!
Leeres Wort: des Reichen Pflicht!
Ummündig nennt man uns und Knechte,
Duldet die Schmach nun länger nicht!

In Stadt und Land, ihr Arbeitsleute,
Wir sind die stärkste der Partei'n.
Die Mißgänger schiebt beiseite!
Diese Welt muß unser sein;
Unser Blut sei nicht mehr der Raben
Und der nächt'gen Geler Fraß!
Erst wenn wir sie vertrieben haben,
dann scheint die Sonn' ohn' Unterlaß'

Völker, hört die Signale!
Auf zum letzten Gefecht!
Die Internationale
erkämpft das Menschenrecht!

Die Gründerjahre

Auch nach der Reichsgründung waren die Junker mit ihrer engen Verbindung zum Kaiser die eigentlichen Machthaber in Deutschland. Sie sicherten sich alle politischen Schlüsselpositionen in Heer und Verwaltung und arbeiteten mit dem Bürgertum nur aus dem gemeinsamen Interesse der Unterdrückung der Arbeiterklasse zusammen.

Der Reichstag, der in allgemeiner, gleicher und geheimer Wahl von allen männlichen Bürgern über 25 Jahre gewählt wurde, konnte vom Kaiser jederzeit und ohne Begründung aufgelöst werden. Wilhelm I. hatte den Oberbefehl über Heer und Marine, er vertrat das Reich gegenüber dem Ausland, setzte den Reichskanzler und die Minister ein.

Der Bundesrat, dessen Zustimmung die Gesetzentwürfe des Reichstages zu ihrem Inkrafttreten finden mußten, setzte sich aus Vertretern der Einzelstaaten zusammen, die sich keiner Wahl stellen mußten. Von den 58 Bundesratsmitgliedern waren allein 17 aus Preußen, das mit seinem militärischen Geist das Reich beherrschte.

Die Einheit Deutschlands veränderte die wirtschaftlichen und politischen Kräfteverhältnisse in Europa. Die nun unter wesentlich besseren Bedingungen mögliche Entfaltung der Produktivkräfte ließ Deutschland zur wirtschaftlichen Großmacht werden. Der Weltmarkt ist jedoch bereits in festen Händen und das Reich muß den Versuch unternehmen, nachträglich ins Geschäft einzusteigen.

Unter der Führung Preußens wird der Staat zunehmend militarisiert. Die Heeresstärke wird ständig ausgebaut, das Rüstungsgeschäft blüht unter dem Vorwand der außenpolitischen Spannungen mit anderen kapitalistischen Ländern, die ihre Vormachtstellung bedroht sehen.

Neue Technologien und die Entwicklung neuer Produktionszweige bringen einen ungeheuren Produktionsaufschwung für die deutsche Wirtschaft. Aktiengesellschaften und Banken schießen wie die Pilze aus dem Boden, für viele der heutigen Konzerne wird in diesen Jahren der Grundstein gelegt. Deutschland fällt in die Euphorie der Gründerjahre, die sich sehr schnell als "Gründerschwindel" herausstellen.

Mit der Industrie wächst auch das Proletariat - es wird zur zahlenmäßig stärksten Klasse und zur ernsthaften Bedrohung für die uneingeschränkte Herrschaft der Industriellen und Großgrundbesitzer.

1873 wird das Deutsche Reich von einer weltweiten Wirtschaftskrise erfaßt. Der "Gründerkrach" wirkt auf die Industrie wie ein Keulenschlag. Die Produktion geht zurück, viele der gerade gegründeten Unternehmen schließen ihre Tore wieder oder werden von einigen großen aufgekauft. Die Zahl der Arbeitslosen steigt und die herrschenden Klassen unternehmen den Versuch, die Lasten der Krise voll auf die Arbeiter abzuwälzen.

Die Spaltung der Arbeiterbewegung in Lassalleaner und Eisenacher hindert das Proletariat jedoch vorerst daran, sich sofort und wirksam zu wehren.

Die Vereinigung von SDAP und ADAV

Heute wie damals ist die Krise die Stunde der Reaktion - Notverordnungen und schrittweise Entmachtung des Parlaments, arbeiterfeindliche Auslegung der Gesetze und weitere Einschränkung der ohnehin dürftigen demokratischen Rechte. Der Preußen-Staat rasselt nicht nur nach außen hin mit dem Säbel.

Zunehmender wirtschaftlicher und politischer Druck stellt die Arbeiterbewegung vor die Entscheidung, zusammenzufinden und Widerstand zu leisten oder getrennt geschlagen zu werden.

Trotz der Wirtschaftskrise geht die Aufrüstung weiter. In Preußen werden allein 1873 60 Millionen Taler für Heer und Flotte aufgewendet (zum Vergleich: 2 Millionen Taler werden für die Volksschulen ausgegeben). Die notwendigen Gelder werden von der Bevölkerung durch Steuern erpreßt.

Unter der Führung der SDAP entsteht eine große antimilitaristische Volksbewegung. 1874 finden die ersten gemeinsamen Kundgebungen von ADAV und SDAP gegen den preußischen Militarismus und seine Folgen für die Arbeiterschaft statt. Die Arbeiter erkennen die Macht, die in ihrem gemeinsamen Handeln liegt und fordern die Vereinigung der beiden Verbände. Zwar sind die unterschiedlichen Auffassungen der versöhnlerischen Lassalleaner und der revolutionären Eisenacher nicht beseitigt, doch Bebel und Liebknecht verzichten zugunsten einer schnellen Vereinigung auf die programmatische Unterwerfung des ADAV.

1875 rufen sie die Sozialdemokraten Deutschlands zum Vereinigungsparteitag nach Gotha.

Aus dem Aufruf "An die Sozialdemokraten Deutschlands" 1875

Parteigenossen!

Immer dringender tritt die Notwendigkeit an die deutschen Arbeiter heran, die gesamte Sozialdemokratie Deutschlands zu einer einheitlichen Partei zu verschmelzen. Um so mehr ist dies der Fall, als die verschiedenen Differenzpunkte, welche bisher das Zusammengehen aller Sozialdemokraten Deutschlands verhindert haben, im Laufe der letzten Jahre ausgeglichen und durch die heftigen Verfolgungen, welche die Sozialdemokratie seitens ihrer Gegner ausgesetzt ist, zugunsten einheitlichen Widerstandes überwunden wurden ... So laden wir Euch denn ein zur Beschickung eines Kongresses der Sozialdemokraten Deutschlands, welcher am 23., 24. und 25. Mai dieses Jahres in Mitteldeutschland an einem noch näher zu bestimmenden Orte stattfinden wird ...

(zitiert nach dtv Augenzeugenberichte)

56 Delegierte der SDAP und 73 Delegierte des ADAV beschließen in Gotha im Namen der rund 25.000 organisierten Sozialdemokraten die Gründung der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands.

Das Programm der Partei trägt von Anfang an den Stempel des Kompromisses. Ein Teil des lassalleianischen Gedankengutes wird übernommen.

Aus dem Gothaer Programm der Sozialistischen Arbeiterpartei 1875:

In der heutigen Gesellschaft sind die Arbeitsmittel Monopol der Kapitalistenklasse; die hierdurch bedingte Abhängigkeit der Arbeiterklasse ist die Ursache des Elends und der Knechtschaft in allen Formen.

Die Befreiung der Arbeit erfordert die Verwandlung der Arbeitsmittel in Gemeingut der Gesellschaft und die genossenschaftliche Regelung der Gesamtarbeit mit gemeinnütziger Verwendung und gerechter Verteilung des Arbeitsertrages. Die Befreiung der Arbeit muß das Werk der Arbeiterklasse sein, der gegenüber alle andern Klassen nur eine reaktionäre Masse sind.

Von diesen Grundsätzen ausgehend, erstrebt die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands mit allen gesetzlichen Mitteln den freien Staat und die sozialistische Gesellschaft, die Zerschlagung des ehernen Lohngesetzes durch Abschaffung des Systems der Lohnarbeit, die Aufhebung der Ausbeutung in jeder Gestalt, die Beseitigung aller sozialen und politischen Ungleichheit.

(zitiert nach dtv Augenzeugenberichte)

Das Gothaer Programm entspricht nicht den theoretischen Erkenntnissen der Eisenacher und wird von Karl Marx heftig kritisiert. Der Kompromiß zugunsten des Zusammenschlusses legt den Grundstein für viele heftige Auseinandersetzungen in der Partei mit den reformistischen Lassalle-Anhängern.

Vorläufig überwiegen jedoch die marxistischen Kräfte, die das Programm in ihrem Sinne auslegen. Dem preußischen Staat und seinen Unterdrückungsversuchen steht erstmals eine vereinte Arbeiterbewegung gegenüber, die entschlossen den Kampf um politische und wirtschaftliche Verbesserungen aufnimmt.

Der Angriff der Bourgeoisie

Nach der Vereinigung erstarkt die sozialistische Arbeiterbewegung ungemein und auch die Gewerkschaften schließen sich mehr und mehr zu überregionalen Verbänden zusammen.

1877 gibt die Sozialistische Arbeiterpartei bereits 41 Zeitungen heraus, die von über 200.000 Arbeitern abonniert werden. Im gleichen Jahr ziehen 12 Abgeordnete in den Reichstag ein, den sie zur Plattform ihrer Agitation an das Volk machen.

Die Sozialdemokratie wird für die militaristischen Junker und die Bourgeoisie zur ernsthaften Gefahr. Alle Unterdrückungsversuche und Verbote können den Organisationswillen der Arbeiter nicht brechen. 1875 zählt die Partei 38.000 Mitglieder - die Sozialdemokraten werden zum Hindernis für die uneingeschränkte Ausbeutung des Volkes. Profite und Staatseinnahmen sind durch die zunehmenden wirtschaftlichen Kämpfe der Arbeiter bedroht, die Herrschenden sind gezwungen einzuschreiten.

Im Bunde mit Großindustriellen, Stahlwerks- und Zechenbesitzern, Junkern und süddeutschen Hocharistokraten bereitet Bismarck unterdessen seine Schutzpolitik vor, die im mittelständischen Bürgertum genauso auf Kritik

stoßen mußte wie bei der Arbeiterschaft. Auch die Liberalen waren gegen diese Schutzzölle - wenn sie sich im Reichstag mit den Sozialisten verbünden würden, würde das eine zahlenmäßige Verstärkung der Opposition bedeuten und gleichzeitig eine wesentliche Verschärfung der Auseinandersetzungen bringen. Die Sozialdemokratie mußte schnellstens außer Gefecht gesetzt werden.

Wie bestellt liefert ein Berliner Klempnergeselle den Anlaß für den ersten massiven Angriff. Am 11. Mai 1878 wird ein Attentat auf den Kaiser verübt. Wilhelm I bleibt unverletzt, doch Bismarck will das Attentat den Sozialdemokraten in die Schuhe schieben: der Klempner war für kurze Zeit Mitglied der SAPD in Sachsen gewesen. Die Partei hatte ihn wegen "sittlicher Haltlosigkeit" ausgeschlossen, doch das Attentat sollte als Beweis für die Staatsfeindlichkeit der Sozialisten herhalten.

Zehn Tage nach dem Anschlag bringt Bismarck im Reichstag eine Vorlage ein für ein "Ausnahmegesetz zur Bekämpfung sozialistischer Untriebe", das jedoch abgelehnt wird.

Am 2. Juni verübt Karl Nobiling ein Attentat auf den Kaiser. Auch von ihm wird behauptet, er sei Sozialist, obgleich er nie Mitglied einer Partei war. Der Kaiser wird verletzt und Bismarck läßt den Reichstag auflösen.

Eine beispiellose Hetze gegen die Sozialdemokraten beginnt und der Wahlkampf wird im Zeichen der Stimmungsmache gegen die angeblichen "Kaisermörder" und ihre "liberalen Helfershelfer" geführt. Die Partei beschränkt sich unter diesen Umständen darauf, vorrangig die Wahlkreise zu verteidigen, in denen sie am längsten sattelfest ist. Inmitten der Verleumdungen kämpft die Sozialdemokratie um jede einzelne Stimme. Die gesetzlichen Waffen, die allen bürgerlichen Parteien zur Verfügung stehen, werden den Arbeitern zerbrochen. Ein Versammlungsrecht haben sie in weiten Gebieten des Reiches überhaupt nicht oder in sehr beschränktem Maße, ihre Flugblätter werden unter den wichtigsten Vorwänden beschlagnahmt, ebenso ihre Zeitungen. "... mindestens die Hälfte ihrer Vorkämpfer saß hinter Gefängnistüren. Selbst bürgerliche Blätter bekannnten, daß der Polizei gegenüber der Sozialdemokratie einfach alles erlaubt sei." (Zitat Mehring)

Trotz alledem gelingt es, 9 Reichstagsmandate zu erhalten - die Partei beweist, daß sie durch Terror allein nicht zu entwurzeln ist. Zum eigentlichen Verlierer der Attentatswahlen werden die Liberalen, sie verlieren 40 Sitze.

Das Sozialistengesetz

Durch die Reichstagswahlen verschieben sich die Mehrheiten im Parlament zugunsten Bismarcks. Die Chancen steigen, daß sein Ausnahmegesetz bewilligt wird. Unter diesen Bedingungen schreibt Max Kegel sein Gedicht:

Zur Eröffnung des Reichstages 1878

Im schwarzen Frack und weißer Weste
Hat Krautz den Hölzel amputiert, -
Auch du, o Reichstag, kommst in Gala
Zum Werk, das man im Schilde führt.

Das Beil, vom Bundesrat geschliffen,
Wird dir gar sauber vorgelegt,
Und das Schafott ist aufgeschlagen,
Der Block steht fest und unbewegt.

Den Todesstreich, du sollst ihn führen,
Zum Henker bist du ausersehn,
Und fällt der Streich, mußst du,
bedenk es,
Einst der Geschichte Rede stehn.

Das Todesurteil ist gesprochen,
Beschlissen längst im Kanzleramt:
Die Freiheit wird zu Tod geleitet,
Der Sozialismus wird verdammt.

Noch ist es Zeit, vernimm die Warnung,
Und meide das verwegne Spiel,
Sonst findest auf dem Schreckenpfade
Du selbst dereinst dein schlimmes Ziel.

Nicht Bösen gilt's und nicht Ver-
brechern,
Die Freiheit naht im Unschuldskleid,
Dem ganzen Volk mit ihr verbündet,
Ist dieser Todesstreich geweiht.

Die Freiheit aber, die du tötest,
Wird nicht beenden ihren Lauf.
Schon morgen, spottend ihrer Henker,
steht sie aus Gräbern siegend auf.

Der Reichstag wird im September 1878 einberufen und das Ringen um das Ausnahmegesetz dauert 6 Wochen. Eindeutig für das Gesetz sind von Anfang an nur die Konservativen. Die bürgerliche Opposition kann sich nicht recht entschließen. Sie fürchtet, daß das Gesetz auch gegen sie gewandt werden kann. Durch allerlei Versprechungen und die vorläufige Begrenzung auf zweieinhalb Jahre erreicht Bismarck schließlich die Zustimmung von 221 Abgeordneten, 149 stimmen dagegen.

Die Zeit der Verwirrung

Unter dem Eindruck des auf sie zukommenden Vernichtungsfeldzuges kapituliert die Parteiführung, proklamiert Anpassung statt Widerstand. In völliger Vernekenng der tatsächlichen Kräfte der sozialistischen Bewegung beschließt sie in Hamburg, die Aufhebung des Sozialistengesetzes abzuwarten. Zwei Tage vor Inkrafttreten des Gesetzes verkündet der Parteivorstand in der Parteipresse seine Selbstaflösung und die Auflösung der Parteiorganisation.

Aus dem Aufruf der Parteiblätter am 19. Oktober 1878:

Nicht gewillt, erst die polizeiliche Auslegung des Wortes 'Umsturz' abzuwarten ... haben wir beschlossen, das Zentralwahlkomitee selbst aufzulösen. Mit heutigem Tage erfolgte dessen Abmeldung bei der Behörde und ist folglich der Rest einer zentralistischen Parteiorganisation in Deutschland verschwunden. ... Eine zentralistische Organisation gibt es nun nicht mehr; auch mit der planmäßigen Agitation ist es vorüber ... Für Geldsendungen hat das unterzeichnete Komitee keine Verwendung mehr ... Wenn irgendwo noch eine Parteimitgliedschaft bestehen sollte, so ist dieselbe sofort aufzulösen. Einig in der Taktik auch zur Zeit der Bedrängnis, das ist Gewähr für eine bessere Zukunft!

(zitiert nach Stern Tätigkeit der Reichs-Commission)

Auch die Parteipresse tritt den Rückzug an. Am Tage der Bekanntmachung des Sozialistengesetzes erklärt der "Vorwärts" das Zentralorgan der Partei, daß er sich, "um das Blatt zu erhalten, auf den Boden des Ausnahmegesetzes stellen" und alles vermeiden werde, was als verbotene Betätigung im Sinne des Sozialistengesetzes verstanden werden könne (zitiert nach Stern, Tätigkeit der Reichs-Commission).

Die schnelle Verhängung des Belagerungszustandes über Berlin und auch die damit verbundene Ausweisung führender Parteimitglieder, kann diese Haltung vorerst nicht erschüttern.

Aus dem Aufruf der aus Berlin ausgewiesenen Sozialdemokraten vom 29. November 1878:

Parteigenossen. Arbeiter Berlins!

Wir gehen aus Eurer Mitte ins Exil; noch wissen wir nicht, wie weit uns die Verfolgungswut treiben wird, aber daß seid versichert: wo wir auch weilen mögen, stets werden wir treu bleiben der gemeinsamen Sache, stets werden wir die Fahne des Proletariats hochhalten, von Euch aber verlangen wir: Seid ruhig! Laßt unsere Feinde toben und verleumden, schenkt ihnen keine Beachtung! Weist die Versucher ab, die Euch zu geheimen Verbindungen oder Putschen reizen wollen! Haltet fest an der Losung, die wir Euch so oft zugerufen: An unserer Gesetzlichkeit müssen unsere Feinde zu Grunde gehen!

(zitiert nach Scherer Der Kampf gegen das Sozialistengesetz)

Die Parteiführung verliert zur Masse der Mitglieder jeden Kontakt und die erste massive Verbotschelle scheint die sozialistische Arbeiterbewegung ein für allemal zu zerschlagen. Doch der Preußenstaat triumphiert zu früh.

Die Mitgliedschaft versteht den Rückzug der Parteiführung als taktisches Manöver und nimmt ohne ihre Leitung den Fehdehandschuh auf. Sehr schnell formiert sich der proletarische Kern der Partei in illegalen Zirkeln zum Kampf gegen das Gesetz. Die unerschrockene und konsequente Haltung der Massen stellt die Parteiführung vor vollendete Tatsachen und zwingt sie, den empfohlenen Weg des Zurückweichens zu revidieren.

Nach schweren inneren Kämpfen erscheint am 28. September 1879 die erste Nummer des illegalen Parteiorgans "Der Sozialdemokrat", beschließt 1880 der illegale Parteikongreß in der Schweiz, daß der Kampf nun "mit allen Mitteln" und nicht nur den "gesetzlichen" geführt werden soll.

Die opportunistischen Kräfte werden zurückgedrängt und die Arbeiterschaft kann den zwölfjährigen Kampf gegen das Ausnahmegesetz unter der Führung ihrer Partei fortsetzen.

Auszüge aus dem Sozialistengesetz:

Reichs-Gesetzblatt Nr. 34

Nr. 1271 - Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie vom 21. Oktober 1878

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden Deutscher Kaiser, König von Preußen verordnen im Namen des Reichs, nach erfolgter Zustimmung des Bundesrats und des Reichstags, was folgt:

§ 1

Vereine, welche durch sozialdemokratische, sozialistische oder kommunistische Bestrebungen den Umsturz der bestehenden Staats- oder Gesellschaftsordnung bezwecken, sind zu verbieten. Dasselbe gilt von Vereinen, in welchen sozialdemokratische, sozialistische oder kommunistische auf den Umsturz der bestehenden Staats- oder Gesellschaftsordnung gerichtete Bestrebungen in einer den öffentlichen Frieden, insbesondere die Eintracht der Bevölkerungsklassen gefährdenden Weise zutage treten. Den Vereinen stehen gleich Verbindungen jeder Art.

§ 3

Selbständige Kassenvereine (nicht eingeschriebene), welche nach ihren Statuten die gegenseitige Unterstützung ihrer Mitglieder bezwecken, sind im Falle des § 1 Absatz 2 zunächst nicht zu verbieten, sondern unter eine außerordentliche staatliche Kontrolle zu stellen. Sind mehrere selbständige Vereine der vorgedachten Art zu einem Verbandsvereinigt, so kann, wenn in einem derselben die im § 1 Absatz 2 bezeichneten Bestrebungen zutage treten, die Ausscheidung dieses Vereins aus dem Verbandsverein und die Kontrolle über denselben angeordnet werden. In gleicher Weise ist, wenn die bezeichneten Bestrebungen in einem Zweigvereine zutage treten, die Kontrolle auf diesen zu beschränken.

§ 4

Die mit der Kontrolle betraute Behörde ist befugt:

1. allen Sitzungen und Versammlungen des Vereins beizuwohnen;
2. Generalversammlungen einzuberufen und zu leiten;
3. die Bücher, Schriften und Kassenbestände einzusehen, sowie Auskunft über die Verhältnisse des Vereins zu erfordern;
4. die Ausführung von Beschlüssen, welche zur Förderung der im § 1 Absatz 2 gerichteten Bestrebungen geeignet sind, zu untersagen;
5. mit der Wahrnehmung der Obliegenheiten des Vorstandes oder anderer leitender Organe des Vereins geeignete Personen zu betrauen;
6. die Kassen in Verwahrung und Verwaltung zu nehmen.

§ 5

Wird durch die Generalversammlung, durch den Vorstand oder durch ein anderes leitendes Organ des Vereins den von der Kontrollbehörde innerhalb ihrer Befugnisse erlassenen Anordnung zuwidergehandelt oder treten in dem Verein die im § 1 Absatz 2 bezeichneten Bestrebungen auch nach Einleitung der Kontrolle zutage, so kann der Verein verboten werden.

§ 7

Aufgrund des Verbots sind die Vereinskasse, sowie alle für die Zwecke des Vereins bestimmte Gegenstände durch die Behörde in Beschlag zu nehmen. Nachdem das Verbot endgültig geworden hat die von der Landespolizeibehörde zu bezeichnende Verwaltungsbehörde die Abwicklung der Geschäfte des Vereins (Liquidation) geeigneten Personen zu übertragen und zu überwachen, auch die Namen der Liquidatoren sind bekanntzumachen. An die Stelle des in den Gesetzen oder Statuten vorgesehenen Beschluß der Generalversammlung tritt der Beschluß der Verwaltungsbehörde. Das liquidierte Vereinsvermögen ist, unbeschadet der Rechtsansprüche Dritter und der Vereinsmitglieder, nach Maßgabe der Vereinsstatuten, bzw. der allgemeinen gesetzlichen Bestimmungen zu verwenden. Der Zeitpunkt, in welchem das Verbot endgültig wird, ist als der Zeitpunkt der Auflösung oder Schließung des Vereins (der Kasse) anzusehen. Gegen die Anordnungen der Behörde findet nur die Beschwerde an die Aufsichtsbehörden statt.

§ 9

Versammlungen, in denen sozialdemokratische, sozialistische oder kommunistische auf den Umsturz der bestehenden Staatsgewalt oder Gesellschaftsordnung gerichtete Bestrebungen zutage treten, sind aufzulösen. Versammlungen, von denen durch Tatsachen die Annahme gerechtfertigt ist, daß sie zur Förderung der im ersten Absatz bezeichneten Bestrebungen bestimmt sind, sind zu verbieten. Den Versammlungen werden öffentliche Festlichkeiten und Aufzüge gleichgestellt.

§ 11 Druckschriften, in welchen sozialdemokratische, sozialistische oder kommunistische auf den Umsturz der bestehenden Staats- oder Gesellschaftsordnung gerichtete Bestrebungen in einer den öffentlichen Frieden, insbesondere die Eintracht der Bevölkerungsklassen gefährdenden Weise zutage treten, sind zu verbieten. Bei periodischen Druckschriften kann das Verbot sich auch auf das fernere Erscheinen erstrecken, sobald aufgrund dieses Gesetzes das Verbot einer einzelnen Nummer erfolgt.

§ 14

Aufgrund des Verbotes sind die von demselben betroffenen Druckschriften da, wo sie sich zum Zwecke der Verbreitung vorfinden, in Beschlag zu nehmen. Die Beschlagnahme kann sich auf die zur Vervielfältigung dienenden Platten und Formen erstrecken; bei Druckschriften im engeren Sinne hat auf Antrag des Beteiligten statt Beschlagnahme des Satzes das Ablegen des letzteren zu geschehen. Die in Beschlag genommenen Druckschriften, Platten und Formen sind, nachdem das Verbot endgültig geworden, unbrauchbar zu machen. Die Beschwerde findet nur an die Aufsichtsbehörde statt.

§ 16

Das Einsammeln von Beiträgen zur Förderung von sozialdemokratischen, sozialistischen oder kommunistischen auf den Umsturz der bestehenden Staats- oder Gesellschaftsordnung gerichteten Bestrebungen, sowie die öffentliche Aufforderung zur Leistung solcher Beiträge sind polizeilich zu verbieten. Das Verbot ist öffentlich bekanntzumachen. Die Beschwerde findet nur an die Aufsichtsbehörde statt.

§ 17

Wer an einem verbotenen Verein (§ 6) als Mitglied sich beteiligt oder eine Tätigkeit im Interesse eines solchen Vereins ausübt, wird mit Geldstrafe bis zu 500 Mark oder mit Gefängnis bis zu drei Monaten bestraft. Eine gleiche Strafe trifft denjenigen, welcher an einer verbotenen Versammlung (§ 9) sich beteiligt, oder welcher nach polizeilicher Auflösung einer Versammlung (§9) sich nicht sofort entfernt. Gegen diejenigen, welche sich an dem Vereine oder an der Versammlung als Vorsteher, Leiter, Ordner, Agenten, Redner oder Kassierer beteiligen, oder welche zu der Versammlung auffordern, ist auf Gefängnis von einem Monat bis zu einem Jahre zu erkennen.

§ 18

Wer für einen verbotenen Verein oder für eine verbotene Versammlung Räumlichkeiten hergibt, wird mit Gefängnis von einem Monat bis zu einem Jahre bestraft.

§ 19

Wer eine verbotene Druckschrift (§§ 11, 12) oder wer eine von der vorläufigen Beschlagnahme betroffene Druckschrift (§ 15) verbreitet, fortsetzt oder wieder abdruckt, wird mit Geldstrafe bis zu 1.000 Mark oder mit Gefängnis bis zu 6 Monaten bestraft.

§ 20

Wer einem nach § 16 erlassenen Verbot zuwiderhandelt, wird mit Geldstrafe bis zu 500 Mark oder mit Gefängnis bis zu 3 Monaten bestraft. Außerdem ist das zu Folge der verbotenen Sammlung oder Aufforderung Empfangene oder der Wert desselben der Armenkasse des Ortes der Sammlung für verfallen zu erklären.

§ 22

Gegen Personen, welche sich der Agitation für die im § 1 Absatz 2 bezeichneten Bestrebungen zum Geschäft machen, kann im Falle einer Verurteilung wegen Zuwiderhandlungen gegen die §§ 17 bis 20 neben der Freiheitsstrafe auf die Zulässigkeit der Einschränkung ihres Aufenthaltes erkannt werden. Aufgrund dieses Erkenntnisses kann dem Verurteilten der Aufenthalt in bestimmten Bezirken oder Ortschaften durch die Landespolizeibehörde versagt werden, jedoch in seinem Wohnsitze nur dann, wenn er denselben nicht bereits seit 6 Monaten inne hat. Ausländer können von der Landespolizeibehörde aus dem Bundesgebiet ausgewiesen werden. Die Beschwerde findet nur an die Aufsichtsbehörden statt. Zuwiderhandlungen werden mit Gefängnis von einem Monat bis zu einem Jahre bestraft.

§ 26

Zur Entscheidung der in Fällen der §§ 8, 13 erhobenen Beschwerden wird eine Kommission gebildet. Der Bundesrat wählt 4 Mitglieder aus seiner Mitte und 5 aus der Zahl der Mitglieder der höchsten Gerichte des Reiches oder der einzelnen Bundesstaaten. Die Wahl dieser 5 Mitglieder erfolgt für die Zeit der Dauer dieses Gesetzes und für die Dauer ihres Verbleibens im richterlichen Amte. Der Kaiser ernennt den Vorsitzenden und aus der Zahl der Mitglieder der Kommission dessen Stellvertreter.

§ 28

Für Bezirke oder Ortschaften, welche durch die im § 1 Absatz 2 bezeichneten Bestrebungen mit Gefahr für die öffentliche Sicherheit bedroht sind, können von den Zentralbehörden der Bundesstaaten die folgenden Anordnungen, soweit sie nicht bereits landesgesetzlich zulässig sind, mit Genehmigung des Bundesrats für die Dauer von längstens einem Jahr getroffen werden:

1. daß Versammlungen nur mit vorgängiger Genehmigung der Polizeibehörde stattfinden dürfen; auf Versammlungen zum Zwecke einer ausgeschriebenen Wahl zum Reichstag oder zur Landesvertretung erstreckt sich diese Beschränkung nicht;
2. daß die Verbreitung von Druckschriften auf öffentlichen Wegen, Straßen, Plätzen oder an anderen öffentlichen Orten nicht stattfinden darf;
3. daß Personen, von denen eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit oder Ordnung zu besorgen ist, der Aufenthalt in den Bezirken oder Ortschaften untersagt werden kann;
4. daß der Besitz, das Tragen, die Einführung und der Verkauf von Waffen verboten, beschränkt oder an bestimmte Voraussetzungen geknüpft wird.

Überjede aufgrund der vorstehenden Bestimmungen getroffene Anordnung muß dem Reichstag sofort, bzw. bei seinem nächsten Zusammentreten Rechenschaft gegeben werden. Die getroffenen Anordnungen sind durch den "Reichsanzeiger" und auf die für landespolizeiliche Verfügungen vorgeschriebene Weise bekanntzumachen. Wer diesen Anordnungen oder der aufgrund derselben erlassenen Verfügungen mit Kenntnis oder nach erfolgter öffentlicher Bekanntmachung zuwider handelt, wird mit Geldstrafe bis zu 1.000 Mark oder mit Haft oder mit Gefängnis bis zu 6 Monaten bestraft.

§ 30

Dieses Gesetz tritt mit dem Tage der Verkündigung in Kraft und gilt bis zum 31. März 1881.

Das Sozialistengesetz wird vielmals verlängert:

- am 04. Mai 1880 (Verlängerung bis zum 30. September 1884)
- am 12. Mai 1884 (Verlängerung bis zum 30. September 1886)
- am 02. April 1886 (Verlängerung bis zum 30. September 1888)
- am 17. Februar 1888 (Verlängerung bis zum 30. September 1890)

am 25. Januar 1890 lehnt der Reichstag die weitere Verlängerung des Gesetzes mit Mehrheit ab. Das "Schandgesetz" tritt am 30. September 1890 außer Kraft.

(Angaben nach Stern - die Tätigkeit der Reichs-Commission)

Die Verbotspraxis

In den ersten 10 Jahren des Sozialistengesetzes wurden 95 Gewerkschaften, 23 Unterstützungsvereine, 106 politische Vereine und 108 "Vergnügungsvereine" verboten, die Mehrzahl davon noch im Jahr des Inkrafttretens des Gesetzes.

Von den Vereinsverboten waren unter anderen betroffen:

- die Sozialdemokratische Partei Darmstadts
- die sozialdemokratischen Wahlvereine in Frankfurt, Neu-Isenburg und Wiesbaden
- die Mitgliedschaften der SAPD in Mainz und Offenbach
- die sozialdemokratischen Arbeitervereine in Gießen, Heusenstamm, Mainz, Obertshausen, Seligenstadt und Worms
- der Gesangverein Geselligkeit in Dörnigheim
- der Verein Bruderbund in Fechenheim
- der Arbeitersängerbund des Maingaues, die Gesangvereine Alpenröschen, Freundschaftsbund, Fröhlichkeit, Geselligkeit, Lassalliana und Tonkunst, die Gesangvereine der Schreiner und Spengler und der Dramatische Klub Herwegh - alle in Frankfurt
- der Gesangverein Sängerkunst in Heusenstamm
- der Gesangverein Sängerkunst in Hanau
- der Gesangverein Sängerbund in Ludwigshafen
- der Gesangverein Frohsinn und der Vergnügungsverein Heiterkeit in Mainz,
- die Gesangvereine Bruderbund, Lassallia und Liederkranz und der Theaterclub in Offenbach
- der Gesangverein Zufriedenheit in Obertshausen
- der Gesangverein Union in Wiesbaden
- der Gesangverein Heiterkeit in Worms
- die Gewerkschaft der Schneider in Worms
- die Gewerkschaft der Schuhmacher und verwandten Gewerbe in Worms
- der Fachverein der Schreiner und verwandten Berufsgenossenschaften in Frankenthal
- die Vereinigung der Metallarbeiter Deutschlands nebst den Mitgliedschaften in Darmstadt, Gießen, Hanau, Höchst, Mainz und Offenbach

Ebenfalls im Zeitraum der ersten 10 Jahre wurden insgesamt 1299 Druckschriften durch die Zensur verboten. Unter ihnen waren:

- die Hessische Bürgerzeitung und der Hessische Volksfreund in Darmstadt
- das Frankenthaler Tageblatt in Frankenthal
- die Hoffnung in Frankfurt
- das Hessische Volksblatt und der Hessische Volksfreund in Kassel
- das Offenbacher Tageblatt, der Offenbacher Lokalanzeiger, das Offenbacher Abendblatt und die Staatsbürgerin in Offenbach

Der "kleine Belagerungszustand" nach § 28 des Sozialistengesetzes wurde verhängt und mehrfach verlängert

- am 28. November 1878 über Berlin, die Stadtkreise Charlottenburg und Potsdam, die Kreise Teltow, Niederbarnim und Osthavelland - ausgewiesen wurden 293 Sozialdemokraten
- am 28. Oktober 1880 über Hamburg und Umgegend - ausgewiesen wurden 311 Sozialdemokraten

- am 27. Juni 1881 über Stadt und Amtshauptmannschaft Leipzig - ausgewiesen wurden 164 Sozialdemokraten
- am 25. Oktober 1882 über Harburg und Umgegend in Ergänzung des Hamburger Belagerungszustandes
- am 20. Mai 1886 über die Stadt Spremberg, die Gutsbezirke Slamen und Heinrichsfeld (1888 wieder aufgehoben)
- am 16. Dezember 1886 über die Stadt- und Landkreise Frankfurt und Hanau, über den Kreis Höchst und den Obertaunuskreis - ausgewiesen wurden 71 Sozialdemokraten
- am 11. Februar 1887 über den Kreis Offenbach
- am 14. Februar 1887 über Stettin, Grabow, Altdamm und Umgegend (1889 wieder aufgehoben) - ausgewiesen wurden 53 Sozialdemokraten

Verboten wurden unzählige Veranstaltungen, Wahlaufrufe, Flugblätter, Agitationsschriften und Bücher. Lieder und Gedichte der Arbeiterbewegung fielen ebenfalls unter die Zensur. Unter den verbotenen Liedern war auch die

Achtstunden-Marseillaise.

Ihr Männer all', ob Euch der Kittel,
Ob Euch die blaue Bluse schmückt -
In Euren Händen ruht das Mittel,
Zu ändern, was Euch schwer bedrückt.
Reicht Euch die Hand, schließt Euch
Zu einem großen Bruderbund, zusammen
Und übers ganze Erdenrund
Wird wie ein Blitz die Losung flammen:

Gebt den Achtstundentag! ...

Was nützt dem Volk der Arbeit Mühe,
Wenn nicht vom Herde weicht die Not?
Wenn seine Kräfte walten frühe,
Weil ohne Rast sein Kampf um's Brot?
Und während jene müßig lungern,
Die nur der Arbeit Schweiß verpraßt.
Erleben diese ihrer Last
Und müssen obendrein noch hungern.

Gebt den Achtstundentag! ...

Schon rafft sich rings in allen Ländern
Empor das Proletariat -
Das Los der Armen soll sich ändern,
Und ändern soll sich's durch den Staat.
O, wenn wir fest zusammenstehen,
Wer will uns weigern unser Recht?
Empor, empor, Du neu Geschlecht,
Laß trotz'ig Deine Banner wehen!

Gebt den Achtstundentag!
Verkürzt der Arbeit Plag'!
Zum Siegeszug
Die Trommel schlug:
Acht Stunden sind genug!

(alle Angaben nach Stern - die Tätigkeit der Reichs-Commission)

Der Kampf gegen das Schandgesetz

Mit Inkrafttreten des Sozialistengesetzes bricht über die Arbeiterbewegung ein Wolkenbruch von Verfolgungen herein. "Schlagartig zerstörten die polizeilichen Verfolgungen die Organisation. Mit schnellen Griffen erdrosselte die Polizei das sozialdemokratische Vereinsleben in den Bildungs-, Gesang- und Turnvereinen und zerschlug gewerkschaftliche und genossenschaftliche Vereinigungen. Konsequenz wurde die Presse, die wichtigste Organisations- und Propagandawaffe des Proletariats vernichtet und jede Agitation im Keime erstickt. Das Gesetz beraubte die Partei aller Organisations-, Agitations- und Propagandamittel, die zum politischen Kampf gehören und die allen Parteien zu Gebote standen. Alles, was die Arbeiter einte und zur Geschlossenheit führte, wurde zerstört, vernichtet, ausgerottet." (Zitat Stern - Die Tätigkeit der Reichs-Commission)

Laune und Willkür allein sind maßgebend für die Verbote von Druckschriften, die Auflösung von Vereinen und Versammlungen. Unterschiedliche Handhabungen in den einzelnen Orten machen es unmöglich, sich auf die Verfolgungsmaßnahmen einzustellen.

Das Sozialistengesetz versetzt die Sozialdemokratie praktisch und strafrechtlich in einen Ausnahmezustand - die Arbeiterbewegung wird vogelfrei für jede Polizeiwilkkür. Das Gesetz dient ausschließlich dem Schutz und der Erhaltung der kapitalistischen Ordnung, es macht die Polizei zum absoluten Herrn der Meinungsäußerung. Jede feste Umschreibung der "Straftaten" unterbleibt. Die Behörden haben völlig freie Hand - es geht um die politische Ächtung der sozialistischen Bewegung, um die Erstickung jeden Widerstandes bis hin zum Angriff auf die physische Existenz der Sozialdemokraten.

Bismarck nutzt die anfängliche Verwirrung der Parteiführung, um auch den ökonomischen Druck auf die Arbeiterschaft zu verstärken und leitet eine "Wirtschafts- und Finanzreform" ein, die die Zölle für ausländische Waren erneut sprunghaft erhöht und die Verbrauchssteuern enorm ansteigen läßt. Die allgemeine Verteuerung bringt dem Staat rund 130 Millionen neuer Steuereinnahmen, die aus den Taschen der Arbeiter geholt und für die Rüstung verwendet werden.

In seinem grenzenlosen Arbeiterhaß gibt der Reichskanzler selbst den Anstoß, daß sich die verstreute Bewegung wieder zusammenfindet: der Handstreich des Belagerungszustandes wird nicht wie geplant zum entscheidenden Schlag gegen die Sozialdemokratie, sondern bewirkt das Gegenteil.

Die Arbeiter erkennen sehr schnell, daß ihnen ein Kampf um Leben und Tod bevorsteht, daß die Kapitulation der Parteiführung ihren Zweck verfehlt hat. Die vorübergehend Entmutigten kehren entschlossen auf ihre Posten zurück. Die Solidarität mit den Ausgewiesenen und die notwendig werdende Unterstützung ihrer Familien wird zum ersten Anstoß für illegale Kontakte. Der Großteil der Ausgewiesenen selbst und ihre Familienangehörigen werden zu den bewußtesten Agitatoren, die die Partei je besessen hatte. Die Provokation wird mit zunehmenden Zusammenschlüssen beantwortet; die Unterstützungs-, Kranken- und Wanderkassen einzelner Berufsgruppen werden zu Sammelpunkten für den illegalen Wiederaufbau der Gewerkschaften.



Die Proletarier (Max Kegel)

Es spricht der Staat: Der Sozialist,
Er hat am Umsturz seine Freude,
Und dieses sehr gefährlich ist -
Einsperren muß man diese Leute.

Der Fabrikant, er spricht sodann:
Nach hohem Lohne ringet heute
Jed' unverschämter Arbeitsmann -
Aushungern muß man diese Leute!

Und sieh, es schwingt der Staat sein Schwert,
Der Fabrikant kürzt seine Löhne;
Bald eingesperrt, bald ausgesperrt
Sehn sich der Arbeit fleißige Söhne.

Doch wisset, daß auf keinen Fall
Sie deshalb ihre Waffen strecken,
Den Hunger kennen sie schon all,
Der Kerker kann sie nicht mehr schrecken.

Denn wer ein Leben, sorgenschwer,
Durchlebt, ein Proletarierleben,
Für den kann's keinen Schrecken mehr
Und keinen neuen Kummer geben.

Er spottet seiner Feinde Macht
Und trotzet ihrer Strafgerichte,
Zwar führt sein Weg durch dunkle Nacht,
Jedoch er führet ihn zum Lichte.

Ungewollt verschafft Bismarck den Sozialdemokraten durch seinen Betrug an den Nationalliberalen Zweckverbündete. Er hatte ihnen die Zustimmung zum Sozialistengesetz unter anderem durch die Zusicherung versüßt, daß der Belagerungszustand nur dann verhängt würde, "wenn ein Bezirk von der sozialdemokratischen Agitation so unterwühlt wäre, daß jeden Augenblick ein gewaltvoller Ausbruch erwartet werden könnte" (Zitat Mehring Gesammelte Schriften). Für Berlin - das wird sogar von den bürgerlichen Blättern bestätigt - trifft diese Beschreibung im November 1878 nicht zu; Bismarck will lediglich eine rigorose Säuberungsaktion durchführen, bevor der Kaiser nach dem Attentat in die Stadt zurückkehrt.

Unter den Nationalliberalen wächst die Furcht, das Sozialistengesetz könne sich zunehmend gegen sie selbst wenden, hatten doch schon die "Attentatswahlen" gezeigt, daß sie die eigentlichen Opfer der Hetzkampagne gegen die Sozialdemokraten geworden waren. Führende Vertreter der Liberalen schlugen sich aus Selbsterhaltungstrieb und Gerechtigkeitssinn auf die Seite der Sozialisten und lehnen es im Frühjahr 1879 ab, auch noch die parlamentarische Redefreiheit der sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten zu vernichten. Im Gegensatz zur Partei und den Gewerkschaften bleibt die Reichstagsfraktion während der gesamten Dauer des Sozialistengesetzes legales Kampfinstrument.

Bebel und Liebknecht überwinden nach anfänglichen Schwierigkeiten ihre Unsicherheit und stellen sich an die Spitze des illegalen Widerstandes. Unter ihrer Führung entstehen die ersten geheimen örtlichen Parteigliederungen. Mit Unterstützung von Karl Marx und Friedrich Engels gelingt es ihnen, die anarchistischen und reformistischen Kräfte in der Partei zurückzudrängen.

Ab 1879 erscheint das illegale Parteiorgan "Der Sozialdemokrat", in dem die heftigen Auseinandersetzungen um die theoretischen Grundlagen des Kampfes geführt werden. Die Zeitung wird auf den abenteuerlichsten und gefährvoll-

sten Wegen nach Deutschland eingeschleust. Hunderttausende lesen sie, obwohl ihr Besitz und ihre Verbreitung mit Gefängnis bestraft wird.

"Die politische Organisation der deutschen Arbeiterklasse war zertrümmert worden, aber ihre ökonomische Organisation konnte nicht vernichtet werden, es sei denn, daß die moderne Zivilisation aufgehoben würde, der Mechanismus des kapitalistischen Produktionsprozesses, der die Arbeiterklasse vereint, schult und organisiert. Mit ihm waren tausend Mittel der schnellen Verständigung eröffnet, ohne daß zu dem gefährlichen und zweiseitigen Mittel einer hierarchisch gegliederten Geheimorganisation gegriffen zu werden brauchte.

Jeder gemeinsame Arbeitstag in den großen Werkstätten der Industrie, jede Form geselliger Vereinigung, jeder Bildungs- und Leseverein, jeder Rauch- und Tanzklub, jeder sonntägliche Ausflug in Feld und Wald, jeder Spaziergang am Feierabend spottete aller polizeilichen Anstrengungen, die sozialdemokratische Organisation zu zerbrechen. Geheim war diese Organisation, die sich je nach den örtlichen Verhältnissen in der verschiedensten Weise gestaltete und jeder Form des Angriffes ihren siegreichen Widerstand anzupassen wußte, nur insoweit, als sie geheim sein mußte, um dem Proletariat gleiches Recht mit den übrigen Bevölkerungsklassen zu sichern. Ebandeshalb war sie moralisch so unüberwindlich, wie sie ökonomisch unzerbrechlich war." (Zitat Mehring, Gesammelte Schriften)

Die Reichstagswahl 1881

Die Reichstagswahl 1881 wird zur Nagelprobe sowohl für die Sozialdemokraten als auch für ihre Gegner. In den Wochen vor der Wahl verstärkt sich der Terror nochmals, der Belagerungszustand über Berlin wird erneuert, über Hamburg und Leipzig wird er verhängt. Die Ausweisungen folgen Schub auf Schub. Sozialdemokratische Wahlflugblätter werden beschlagnahmt, die Wahlversammlungen werden verboten, Verhaftung folgt auf Verhaftung.

Doch die Anstrengungen der Bourgeoisie sind vergeblich - 312.000 Stimmen entfallen in den Wahlen auf die Sozialdemokratie, 12 Reichstagsmandate werden behauptet.

aus einem Brief von Friedrich Engels an Eduard Bernstein,
am 30. November 1881:

So famos hat sich noch kein Proletariat benommen ... nach 3 Jahren unerhörter Verfolgung, nie nachlassenden Drucks, kompletter Unmöglichkeit öffentlicher Organisation und Selbstverständigung stehen unsere Jungens nicht nur in alter Kraft da, sondern verstärkt gerade in einem Hauptumstand: der Schwerpunkt der Bewegung ist verlegt ... in die industriellen großen Städte ... Die ihrer ökonomischen Lage nach revolutionäre Klasse ist Kern der Bewegung geworden.

(zitiert nach Scherer, der Kampf gegen das Sozialistengesetz)

Die Sozialdemokratie hat sich als unbesiegbar bewiesen. Mit den Mitteln der Gewalt ist den Arbeitern offensichtlich nicht beizukommen.

Als ihr in eurem finstem Hasse
Das drohende Gesetz erdacht,
Das uns zu Deutschen zweiter Klasse
Mit einem Federstrich gemacht,
Da ward gefühlt und eingesehen
Von allen ohne Unterschied:
"Wir können hier nur widerstehen
In Reih und Glied".

Wir ließen schweigend uns verdammen,
Verstoßen uns vom Vaterland,
Und schweigend rückten wir zusammen,
Bis Schulter man an Schulter stand.
An Spree und Belt, am Rhein, in Sachsen
Erklang der Gegner Unkenlied;
Wir fühlten allem uns gewachsen
In Reih und Glied.

Und als nach bangen, schwülen Wochen,
In denen keiner feig gebebt,
Das finstre Wetter losgebrochen,
Das drohend über uns geschwebt,
Als laue Freunde ab sich wandten
Und die Geächteten man mied,
Da haben mannhaft wir gestanden
In Reih und Glied.

Es ist kein Kinderspiel gewesen,
Ja oftmals seelische Tortur,
Und staunend wird der Enkel lesen,
Was seinen Ahnen widerfuhr;
Doch sagen ihm vergilbte Blätter:
Sie wußten nichts mehr, was sie schied;
Sie standen fest in Sturm und Wetter
In Reih und Glied.

Wie weit wir spähten in der Runde -
Es waren Feinde, was wir sahn;
Gewalt hat, mit der List im Bunde,
An uns ihr Kußerstes getan.
So mancher sank zu unserm Trauern,
Der nie den Tag des Sieges sieht,
Wir aber standen wie die Mauern
In Reih und Glied.

Nie hat ein augenblicklich Schwanken
Die feste Ordnung übermannt;
Wir haben einen Glutgedanken
Und eine Hoffnung nur gekannt.
Der Tränen viele sind geflossen,
Doch nun das Wetter sich verzieht,
Sieht staunend uns die Welt geschlossen
In Reih und Glied.

So unser Haß, wie unser Lieben,
Das an den höchsten Zielen hing,
Sie sind, ein Fels im Meer, geblieben,
Und nur der Kanzler war's, der ging.
Sein Fürstenmantel ward den Motten
Zum unbestrittenen Gebiet,
Nur wir, wir stehn in starren Rotten,
In Reih und Glied.

Nach solchen unerhörten Siegen,
Errungen über Macht und List,
Mag sich ein Tor im Wahne wiegen,
Es komme nun der innre Zwist.
Wann ward zum ausgemachten Narren
Der Mann, der auf dem Gegner kniet?
Wir werden, was nun kommt, erharren
In Reih und Glied.

Der erste Versuch, die Sozialdemokratie endgültig zu vernichten, ist nach drei Jahren Sozialistengesetz offensichtlich gescheitert. Der Erfolg gibt den Genossen Mut und läßt sie die weiteren Jahre unter dem Gesetz gefestigter denn je durchstehen.

Legale und illegale Kampfformen verbinden sich, immer enger wird die Wechselbeziehung zwischen der praktischen Auseinandersetzung und den theoretischen Erkenntnissen von Marx und Engels. Die revolutionären Kräfte behalten in der Partei die Oberhand, obwohl die opportunistische Gruppierung in der Reichstagsfraktion bei jeder sich bietenden Gelegenheit den Versuch unternimmt, ihre Anpassungspolitik durchzusetzen. Die illegalen Parteitage im Ausland revidieren das Gothaer Programm in den entscheidenden Punkten und jede Reichstagswahl wird zu einem Triumph über das Gesetz.

Zu einem für die Bourgeoisie äußerst ungünstigen Zeitpunkt macht die seit 1873 anhaltende Krise eine Atempause. Der vorübergehende trügerische Aufschwung wird von den Arbeitern zur Durchsetzung ökonomischer Forderungen genutzt. Die Berliner Tischler geben 1880 den Anstoß zu einer Streikbewegung, die bis zum Ende des Sozialistengesetzes nicht mehr eingedämmt werden kann. 10% Erhöhung des Mindestlohnes werden erkämpft und in vielen Gewerbezweigen folgen die Arbeiter dem Beispiel ihrer Berliner Kollegen. Das Proletariat lernt, seine ökonomischen Kämpfe organisiert zu führen, Streikkomitees und Gewerkschaften neu zu bilden und löst sich im Verlauf der Lohnbewegungen endgültig vom "ehernen Lohngesetz" Lassalles.

Die Streikwelle behindert die weitere Aufrüstung und die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands, das immer noch bestrebt ist, seine Rückständigkeit gegenüber anderen Staaten zu überwinden. Der Kaiser will den Spieß herum-drehen, die Arbeiterschaft besänftigen und von ihrer Partei trennen - er verspricht Sozialreformen. Bis 1889 werden einige Sozialgesetze erlassen, die diesen Namen nicht verdienen. Es folgt die sogenannte "milde Praxis" des Gesetzes. Der Peitsche des Terrors wird das Zuckerbrot angeblicher Reformen beigelegt. Doch die Arbeiterbewegung läßt sich nicht korrumpieren und setzt ihren Kampf unbeirrt fort.

Im Frühjahr 1882 beginnt eine neue Welle ökonomischer Kämpfe der erstarkten Fachvereinsbewegung. Die Neu-Isenburger Tischler setzen das Signal, ihnen folgen die Fabrik-tischler in Stuttgart 1883 mit einem achtwöchigen Streik, der siegreich beendet wird. Die Fabrikbesitzer reagieren mit Massenaus-sperrung und verstärkter Willkür, doch ohne sichtlichen Erfolg.

Die "milde Praxis" führt in der Reichstagsfraktion zu einer erneuten, erbitterten geführten Auseinandersetzung mit den Opportunisten. Die Partei behält ihre konsequente Linie jedoch bei und erringt in den Reichstagswahlen 1884 550.000 Stimmen. Nie zuvor hatte es eine so starke sozialistische Wählergruppe gegeben. 24 Abgeordnete ziehen in den Reichstag ein. Unter ihnen sind aufgrund ihrer besseren finanziellen Möglichkeiten eine Reihe bürgerlicher Elemente die erneut versuchen, die Partei auf Abwege zu führen.

In der wochenlangen Auseinandersetzung um die Zustimmung oder Ablehnung der von der Regierung geforderten Dampferverbindungen nach Übersee geht es um die Entscheidung, ob die Sozialdemokraten ihren Grundsatz "diesem System keinen Mann und keinen Groschen" beibehalten. Bebel und Liebknecht vertreten im "Dampfersubventionsstreit" erfolgreich den revolutionären Parteiflügel

und können die Reichstagsfraktion zusammenhalten.

1885 beginnen in Bielefeld, Königsberg und Berlin neue, machtvolle Streikbewegungen. Bismarck will vom Reichstag wiederum die Zustimmung zu neuen Zöllen und Steuern, die die Löhne der Arbeiter entwerten. Was unter dem angeblichen Zeichen der "Sozialreform" begann, endet - wie die sozialdemokratische Fraktion erklärt - mit einem "Raubzuge am arbeitenden Volke" (Zitat nach Mehring - Gesammelte Schriften).

Die "milde Praxis" erhält den Gnadenstoß, denn auch sie erweist sich als wirkungslos gegen die Sozialdemokratie. 1886 wird mit dem "Streikerlaß" eine Periode verstärkten Terrors eingeleitet - Bismarck versucht mit einer schrankenlosen Polizeiwirtschaft aufrecht zu erhalten, was nicht aufrecht zu erhalten ist.

Der Streikerlaß kann die Lohnkämpfe nicht verhindern, kann die sich ständig festigende Gewerkschaftsbewegung nicht mehr zurückdrängen. Immer offener geht der Staat zu einer Politik des Militarismus und Imperialismus über, der auch bei den bürgerlichen Parteien den Bogen überspannt.

Aus unterschiedlichen Gründen weigern sie sich, eine beträchtliche Erhöhung des Militäretats für sieben Jahre zu bewilligen und Bismarck läßt den Reichstag daraufhin kurzerhand auflösen.

Neuwahlen finden am Faschingstag des Jahres 1887 statt. Die Sozialdemokratie erhält 764.00 Stimmen.

In den letzten Jahren des Sozialistengesetzes entbrennt ein unvorstellbarer Kampf zwischen der Arbeiterschaft und Preußen-Deutschland. Bismarck bringt den Antrag ein, das Sozialistengesetz um fünf Jahre zu verlängern und erheblich zu verschärfen. "Indessen die sozialdemokratische Fraktion zertrümmerte dies 'Achtungsgesetz' mit einem Schlage durch eine umfassende Enthüllung der Korruptions- und Spitzelwirtschaft, durch die das System Bismarck-Puttkamer nicht nur das ganze Deutschland, sondern auch das halbe Europa verseuchte" (Zitat Mehring - Gesammelte Schriften).

Bismarck veranlaßt die Vertreibung des "Sozialdemokrat" aus der Schweiz. Auch dies wird ein Schlag ins Wasser, denn das Blatt erscheint in London und wird erfolgreicher denn je in Deutschland verbreitet.

Im Oktober 1889 wird dem Reichstag ein Gesetzentwurf vorgelegt, der das Sozialistengesetz verewigen soll - die "militärische Lösung der Arbeiterfrage" soll zum Rettungsanker werden.

Bereits im Frühjahr 1888 kommt es zu größeren Streiks in Berlin, Braunschweig, Bremen, Kiel, Leipzig und Neumünster. Die Streikbewegung erfaßt ganz Deutschland und von Januar 1889 bis April 1890 streiken rund 400.000 Arbeiter in über 1.100 Kämpfen. Den Höhepunkt der Massenkämpfe bildet der Streik von 150.000 Steinkohlenbergarbeitern in allen Revieren im Mai 1889. Die Streikbewegung läutet die Niederlage Bismarcks und den Fall des Sozialistengesetzes ein.

Der Kanzler verstrickt sich immer mehr in den von ihm selbst angelegten Intrigen und gerät in offenen Widerspruch zu Kaiser Wilhelm II und selbst zu den bürgerlichen und konservativen Fraktionen im Reichstag. Sie verweigern am 25. Januar 1890 eine weitere Verlängerung des Sozialistengesetzes. Die folgenden Reichstagswahlen im Februar 1890 werden für die Sozialdemokratie zu einem einzigen Triumph - sie erhält 1.427.298 Stimmen. Die SAPD ist zur stärksten Partei im Reich geworden. Wenige Wochen später muß Bismarck seine Ämter niederlegen; der Sturz des "Eisernen Kanzlers" vollendet den Sieg.

Die Lehren aus dem Kampf gegen das Sozialistengesetz

Das Sozialistengesetz ist nur ein Beispiel für die immer wiederkehrenden Versuche der Herrschenden, die Arbeiter um des Profites Willen zu unterdrücken und sie rechtlos zu machen.

Vor hundert Jahren kämpfte die Arbeiterbewegung erfolgreich gegen den massiven Angriff des Bismarck-Staates und verteidigte ihre Organisationen trotz eines Gesetzes, das sie unter gnadenloser Verfolgung stellte und aller legalen Mittel des Widerstandes beraubte.

Der Kampf forderte unzählige persönliche Opfer von jedem Einzelnen, verlangte Mut und Geschlossenheit von allen.

Die scharfe Waffe der Solidarität brachte das "Schandgesetz" zu Fall und wir Gewerkschafter können aus diesem zwölfjährigen Ringen um die einfachsten demokratischen Rechte auch heute noch vieles lernen.

Die wichtigsten Lehren sind für uns:

1. Die Einsicht in die Unüberbrückbarkeit des Interessengegensatzes zwischen Arbeit und Kapital.
2. Die Erfahrung, daß der Widerstand gegen das Kapital nur organisiert möglich ist und daß den Gewerkschaften dabei eine große Bedeutung zukommt.
3. Die Erkenntnis, daß die Waffe des Streiks unverzichtbar ist. Die Gewerkschaftsbewegung entstand aus der Streikbewegung und sie war dort erfolgreich, wo sie bereit und fähig war, die Waffe des Streiks zu gebrauchen.
4. Das Wissen, daß es nicht die Politik gutgläubiger Parterschaft, sondern die politische und gewerkschaftliche Kampfkraft der Arbeiterbewegung war, die den herrschenden Klassen Zugeständnisse abrang und das Gesetz zu Fall brachte.

(nach Scherer, Der Kampf gegen das Sozialistengesetz)

Wenn wir unsere eigene Geschichte nicht verleugnen wollen, müssen wir diese Lehren als Erbe übernehmen und in den heutigen Kämpfen umsetzen.

Unbestritten sind unsere Erfolge in den letzten Jahren im ständigen Ringen um bessere Arbeitsbedingungen und höhere Löhne, um mehr Freizeit und bessere Lebensqualität.

Ebenso unbestritten ist jedoch, daß sich die Bedingungen sowohl unseres ökonomischen als auch unseres politischen Kampfes verschärft haben - wie zur Zeit des Sozialistengesetzes wittert die Reaktion ihre Chance.

Der Angriff auf die Errungenschaften der Tarifpolitik geht einher mit dem Abbau demokratischer Rechte, das Erstarken der konservativen Kräfte verbindet sich mit der Verteufelung der Gewerkschaften.

In den letzten Jahren hat sich in der Bundesrepublik ein Verfassungsverständnis breitgemacht, das unser Grundgesetz mit Marktwirtschaft, Privateigentum an Produktionsmitteln und mit weitgehend unumschränkter Unternehmersherrschaft gleichsetzt:

- das richterlich abgesegnete, aber mit dem Grundgesetz nicht vereinbare Willkürinstrument der Aussperrung wird zunehmend gegen gewerkschaftlich organisierte Streiks eingesetzt; sogar in Hessen, wo die Aussperrung eindeutig Bruch der Landesverfassung bedeutet.
- Mannheimer Verwaltungsrichter stellen der neofaschistischen NPD den Perilschein aus: "verfassungswidrige" Ziele könnten nicht nachgewiesen werden.
- Das Bundesverfassungsgericht stellt fest, daß die Abschaffung des Prüfungsverfahrens für Kriegsdienstverweigerer "verfassungswidrig" sei.
- Das Landgericht Hamburg erklärt die Mitbestimmung im Aufsichtsrat für "verfassungswidrig".

Wie weit ist da noch der Schritt bis zur Feststellung der "Verfassungswidrigkeit" des DGB-Grundsatzprogrammes oder der Vergesellschaftungsforderungen unserer Satzung?

Der undefinierte Begriff der "Verfassungsfeindlichkeit" diffamiert bereits jetzt all jene Demokraten, die sich mit einem solchen Verfassungsverständnis nicht anfreunden können und dies auch offen aussprechen.

Gleichzeitig wird der Abbau demokratischer Rechte immer offener betrieben:

- die Praxis des Radikalenerlasses hat zu einer ungeheuren Welle der Gesinnungsschnüffelei geführt,
- unter dem Deckmantel der Terroristenbekämpfung werden Polizeibefugnisse wesentlich ausgeweitet und Verteidigerrechte eingeschränkt,
- neofaschistische Kundgebungen und Aufmärsche werden verharmlost und durch aufwendige Polizeieinsätze "geschützt", während antifaschistische Gegenemonstrationen aufgrund "der Gefahr von Ausschreitungen" untersagt werden,
- Richter werden als befangen abgelehnt, weil sie Mitglied einer Gewerkschaft sind, Tarifverhandlungen werden durch die Polizei bespitzelt,
- der Bundesgrenzschutz übt den Einsatz gegen Arbeitskämpfe und es wird laut diskutiert über die Macht der Gewerkschaften und ein Verbändegesetz.

Auf gar nicht mehr so leisen Sohlen marschiert die Reaktion.

Niemand wird behaupten wollen, daß uns im Oktober 1978 eine Neuauflage des Sozialistengesetzes ins Haus steht - aber die ersten Schritte auf dem Weg, der schon zweimal mit der Vernichtung der freien Gewerkschaften geendet hat, sind gegangen.

Was heute politisch nicht mehr hoffähig ist, kann morgen bereits verfassungsrechtlich verboten sein. Wer heute als "Verfassungsfeind" schikaniert wird, der kann sich morgen bereits als Staatsfeind in Vorbeugehaft befinden.

Dieser Entwicklung rechtzeitig unseren energischen politischen Widerstand entgegenzusetzen, ist unsere vorrangige Aufgabe. Die Kämpfer unter dem Sozialistengesetz haben uns gezeigt, wie wir diesen Angriffen entgegenzutreten müssen: organisiert, einig und kämpferisch in Kenntnis unserer Gegner. Sie sind die gleichen geblieben, ihre Methoden haben sich nicht wesentlich verändert. Deshalb müssen und werden wir das Vermächtnis der Arbeiter des 19. Jahrhunderts aufgreifen und im Bewußtsein ihres Sieges aus unserer Klassengeschichte lernen, die Kämpfe von heute entschlossen und erfolgreich zu führen.

"Der Kapitalismus hat nie seinen Frieden mit den arbeitenden Menschen gemacht. Deshalb können wir keinen Frieden mit dem Kapitalismus schließen."

(Eugen Ioderer)

FRAGEN EINES LESENDEN ARBEITERS

Wer baute das siebentorige Theben?
In den Büchern stehen die Namen von Königen.
Haben die Könige die Felsbrocken herbeigeschleppt?

Und das mehrmals zerstörte Babylon -
wer baute es so viele Male auf?

In welchen Häusern des goldstrahlenden Lima
wohnten die Bauleute?

Wohin gingen an dem Abend
wo die chinesische Mauer fertig war,
die Maurer?

Das große Rom ist voll von Triumphbögen.
Wer errichtete sie?

Über wen triumphierten die Cäsaren?

Hatte das vielbesungene Byzanz nur Paläste
für seine Bewohner?

Selbst in dem sagenhaften Atlantis brüllten
in der Nacht, wo das Meer es verschlang,
die Ersaufenden nach ihren Sklaven.

Der junge Alexander eroberte Indien.
Er allein?

Cäsar schlug die Gallier.
Hatte er nicht wenigstens einen Koch bei sich?

Philipp von Spanien weinte,
als seine Flotte untergegangen war.
Weinte sonst niemand?

Friedrich der zweite siegte im siebenjährigen Krieg.
Wer siegte außer ihm?

Jede Seite ein Sieg.
Wer kochte den Siegeschmaus?

Alle zehn Jahre ein großer Mann.
Wer bezahlte die Spesen?

So viele Berichte.
So viele Fragen.

Bert Brecht

Die Unbesiegbaren

Spielfilm, DDR 1953

Verlag Unidoc - Film für den Fortschritt

Filmbeschreibung des Verlages:

Im Jahre 1878 wurde das Bismarck'sche Sozialistengesetz verkündet, das alle Vereine und Gruppen verbot, die sich zu sozialistischen Zielen bekannten. Sozialdemokratische Arbeiter wurden ausgewiesen oder zu langjährigen Freiheitsstrafen verurteilt.

Dieses Gesetz, das 12 Jahre in Kraft blieb, bewirkte aber genau das Gegenteil von dem, was seine reaktionären Urheber beabsichtigt hatten: Die Arbeiter schlossen sich im Widerstand und unter vielen Opfern, die sie bringen mußten, nur um so fester zusammen und wurden eine unbesiegbare Macht. Der Film schildert diese historische Situation am Beispiel einer Berliner Arbeiterfamilie.

Der Film zeigt den Kampf der von August Bebel und Wilhelm Liebknecht geführten deutschen Arbeiterklasse in den achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts gegen das Sozialistengesetz Bismarcks. Kein Mittel war Bismarck scheußlich und niederträchtig genug, daß er es nicht an der von ihm gehaßten Sozialdemokratie ausprobiert hätte. Das "Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie", wie das Sozialistengesetz eigentlich hieß, gab in seinem § 28 der Polizei die Möglichkeit, mißliebige Personen von ihrem Wohnort auszuweisen und sie als heimatlos von Ort zu Ort zu hetzen. Jahrelange Untersuchungshaft, Folterung von Parteifunktionären, Zerstörung von Arbeitereigentum - das waren die Terrormethoden des "Kürassierstiefels" Bismarcks.

Der Lokschlösser Schulz, der mit seiner Frau, seiner Tochter und deren Verlobten Franz die Zentralfigur des Films bildet, beweist durch seine Einsatzbereitschaft für die Sache des Proletariats und seine Treue zur Partei, daß die reaktionären Kräfte den Widerstand der klassenbewußten Arbeiter nicht brechen konnten. Vielleicht war auch einmal bei Schulz das Klassenbewußtsein nicht besser entwickelt als bei seinem Schwager Schröter in Gelsenkirchen, der mit einer Delegation der in Rheinland-Westfalen streikenden Bergleute nach Berlin kommt, um sich "Hilfe" vom jungen Kaiser zu holen.

Außer den Ultramontanen (Zentrumspartei) gab es im damaligen Deutschland noch genügend andere Beauftragte der Bourgeoisie, die das Proletariat im Glauben an alle möglichen überirdischen Kräfte einlullten, damit es nicht auf die Stimme der Sozialdemokratie höre und, sich selbst als Klasse fühlend, sein Schicksal in eigene Hände nähme. Wenn Schulz klar und bewußt seinen Weg geht, dann beweist dies, daß er in den zwölf Jahren Sozialistengesetz gereift ist.

Dem Wagemut und der Opferbereitschaft der meisten seiner Kameraden ist es zu verdanken, daß die Sozialdemokratie unter schwierigsten Bedingungen nicht nur ständig an Einfluß gewann (1887 erreichte sie 213.000 Stimmen mehr als bei den Wahlen des Jahres 1884), sondern ebenso das Koalitionsrecht der Arbeiter verteidigte und während der ganzen zwölf Jahre harte Lohnkämpfe führte.

Quellen- und Materialverzeichnis

- Peter Scherer, Der Kampf gegen das Sozialistengesetz
IG Metall - Arbeitsheft 512 (1978)
- Hrsg. Leo Stern, Der Kampf der deutschen Sozialdemokratie in der Zeit des Sozialistengesetzes 1878-1890 - die Tätigkeit der Reichs-Commission -
Archivalische Forschungen zur Geschichte der Deutschen Arbeiterbewegung
Band 3/I, Rütten & Loening Berlin (1956)
- Julius Braunthal, Geschichte der Internationale Band I
Verlag J.H.W. Dietz Nachf. GmbH, Hannover
- Franz Mehring, Aufsätze zur Geschichte der Arbeiterbewegung
Gesammelte Schriften Band 4 und 5, Berlin (1963)
- Hrsg. Hans Magnus Enzensberger u. a., Klassenbuch - ein Lesebuch zu den
Klassenkämpfen in Deutschland 1756-1971, Luchterhand (1972)
- Hrsg. Georg Eckert, Hundert Jahre deutsche Sozialdemokratie, Bilder und
Dokumente, Verlag J.H.W. Dietz Nachf. GmbH, Hannover
- Dieter Fricke, Die deutsche Arbeiterbewegung 1869 bis 1914, ein Handbuch
über ihre Organisation und Tätigkeit im Klassenkampf
Verlag das europäische Buch
- Augenzeugenberichte - Die Deutsche Arbeiterbewegung 1848 bis 1919
dtv (1976)
- Geschichte 8, Lehrbuch für Klasse 8
Volk und Wissen, volkseigener Verlag Berlin (1974)
- Hrsg. Horst Bartel u. a., August Bebel - Ausgewählte Reden und Schriften
Band I, Dietz Verlag Berlin 1978
- Bernt Engelmann, Wir Untertanen - ein Deutsches Antigesichtsbuch
Bertelsmann-Verlag (1974)

Sozialistenmarsch

1. Auf So - zia - li - sten, schließt die Rei - hen! Die
 Trom - mel ruft, die Ban - ner wehn. Es gilt die
 Ar - beit zu be - frei - en, es gilt der
 Frei - heit Auf - er - stehn! Der Er - de Glück, der
 Son - ne Pracht, des Gei - stes Licht, des Wis - sens
 Macht, dem gan - zen Vol - ke sei's ge - ge - ben!
 Das ist das Ziel, das wir er - stre - ben!
 Das ist der Ar - beit heil' - ger Krieg!
 Das ist der Ar - beit heil' - ger Krieg!
 Mit uns das Volk! Mit uns der Sieg! Mit
 uns das Volk! Mit uns der Sieg!

The image shows a musical score for the 'Sozialistenmarsch'. It consists of ten staves of music in a 2/4 time signature, with a key signature of one flat (B-flat). The melody is written on the top staff, and the accompaniment is on the bottom staff. The lyrics are written below the melody. The score includes various musical notations such as notes, rests, and dynamic markings (e.g., *f*, *mf*, *ff*). Chord symbols are placed above the notes, including C7, F, C, F, G7, and A7. There are also some performance instructions like '3' (triplets) and '9' (nines).